Einzelverkaufspreis: 1,50 mark incl. 5,5% mwst

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

D 1870 CX

ERSCHEINT MEISTENS WÖCHENTLICH NR.134 16.JULI 1976

INLAND

INTERNATINALES

* herausgeber :
* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur :
indulis bilzens

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort „adressänderung" oder „neuabo".

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations-Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm. 90

HAUSMITTEILUNG

Zum ersten Mal seit August '73 war es uns nicht möglich, den ID zum Wochenende herauszubringen. Die Nr. 133 blieb in der Druckmaschine hängen, der Monteur war in Urlaub, einen Ersatz konnten wir kurzfristig nicht organisieren. So haben wir uns entschlossen, den Redaktionsschluß für die Nr. 134 auf den Mittwoch vorzuverlegen und beide ID's gleichzeitig zu versenden. Daß die beiden Nummern zusammengeheftet sind, macht die Versandform notwendig.

Für Büro und Versand ist die Umstellung auf die Mithilfe des Computers, genannt: „*Däti-Dati*", beinahe abgeschlossen. Während des August, wo alle ID'ler sich in die Sonne legen müssen (Beschluß von „*Däti-Dati*") werden die letzten Ergänzungen eingefügt.

Der Postzeitungsversand deckt auch einige Mängel auf, die wir vorher nicht bemerkt haben: zum Beispiel nicht vollständige Adressen, Doppellieferungen oder Nichtlieferungen. Den größten Teil können wir bis zum August n och korrigieren, den Rest — wie gesagt — während des URlaubs.

INLAND

IG – DRUPA: SOMMERZEIT – AUSSCHLUSSZEIT

HAMBURG(ID) 7. Juli

Offener Brief der neun vom Ausschluß bedrohten Kollegen an den Ortsvereinsvorstand Hamburg der IG Druck und Papier.

Werte Kollegen,
Mit Schreiben vom 25. Juni habt Ihr uns mitgeteilt, daß Ihr bein Hauptvorstand Antrag auf "Feststellung der Beendigung (unserer) Mitgliedschaft" stellt. In sieben gleichlautenden Briefen gebt Ihr als Begründung an, wir hätten "durch aktive Mitarbeit und Verteillen des 'Streik–Info' vor und während des Arbeitskampfes gegen den Abgrenzungsbeschluß verstoßen". Das "Streik–Info" sei von gewerkschaftsfeindlichen, gewerkschaftsoppositionellen Gruppen herausgegeben worden. Bei zwei weiteren Kollegen gebt Ihr als Begründung den Verkauf der Zeitung "Arbeiterkampf" des Kommunistischen Bundes an.

Mit wenigen Ausnahmen handelt es sich bei uns um von den Kollegen gewählte Funktionsträger.:Drei von uns sind Betriebsräte oder Ersatzbetriebsräte bei der Firma Broschek, einer der Ersatzbetriebsräte ist darüberhinaus gewählter Vertrauensmann; eine Kollegin ist gewählte Vertrauensfrau bei der gleichen Firma, eine Kollegin Betriebsrätin bei der Firma Peutedruck(in Kündigung); ein Kollege ist Delegierter der dju und ein Kollege Mitglied des Schülerrates an der Gewerbeschule 5. Es ist bemerkenswert, daß Ihr in keinem einzigen Fall die Kollegen, die uns gewählt haben, um ihre Meinung gefragt habt. Im Gegenteil zieht Ihr das Ausschlußverfahren nach bewährtem Muster in der Sommerpause durch, in der eine öffentliche Auseinandersetzung auf Mitglieder- und Delegiertenversammlungen unmöglich ist. Offenbar habt Ihr nicht den Mut, Euch der öffentlichen Auseinandersetzung zu stellen.

Ebenso bemerkenswert ist es, daß Ihr Euch der gleichen Begründung bedient wie zum Beispiel der Kapitalist Broschek, der den Kollegen Rainer Kölpin ebenfalls wegen Verteilen des "Streik – Info" auf die Straße setzen will.

Die Ausschlußanträge gegen uns sind die erste und bisher einzige Aktivität des Vorstandes nach dem Arbeitskampf. Viele Kollegen hatten gefordert, Streikbrecher wie den Auer–Br–Vorsitzenden Ulli Heinemann, Vorsitzenden der (SPD) Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen(AfA), auszuschließen, der die Kollegen aktiv zum Streikbruch aufgefordert hatte. Eure einzige Antwort darauf ist der Ausschlußantrag gegen jene, die den Streik aktiv mit vorangetrieben haben.

Dabei haltet Ihr es offenbar nicht im geringsten für erforderlich, den Vorwurf, gegen den Abgrenzungsbeschluß verstoßen zu haben und gewerkschaftsfeindlich zu sein, auch nur ansatzweise inhaltlich zu belegen. Im Stile eines Papst–Erlasses dekretiert Ihr: das "Streik–Info" ist extemistisch und gewerkschaftsfeindlich. Der Vorwurf ist gleich dem Beweis. Basta.

Tatsächlich hat das "Streik–Info" Forderungen aufgegriffen und propagiert, die eine breite Zustimmung unter den Mitgliedern hatten:

Das "Streik–Info" ist von Anfang an für den Vollstreik zur vollen Durchsetzung der 9% eingetreten, eine Forderung, die der Vorstand ungeachtet des breit zum Ausdruck gekommenen Mitgliederwillens als "Chaoten" —Forderung diffamierte und erst dann in die Tat umsetzte, als es lediglich darum ging, eine Steigerung von 5,9% auf 6% zu erstreiken.

Das "Streik–Info" hat nachdrücklich den Auslieferungs–Boykott der Streikbrecher–Ausgaben unterstützt, die den Streik unwirksam machen sollten.

Das "Streik–Info" hat die breite Informierung der Kollegen über das Streikgeschehen in allen Städten der BRD betrieben, die von den Kollegen immer und immer wieder gefordert, vom Vorstand aber ebenso beharrlich verweigert wurde.

Das "Streik–Info" hat die Demonstration, die von vielen Kollegen gefordert worden war, vom Vorstand aber immer wieder verzögert wurde, nachdrücklich propagiert und für die Teilnahme daran mobilisiert.

Das "Streik–Info" hat die Forderungen der Kollegen nach Ablehnung des Lohnraubabschlusses bekanntgemacht und unterstützt. Daß dies der Ausdruck der Stimmung der breiten Kollegenschaft war, hat sich klar in dem hohen Ablehnungsergebnis (Hamburg: 63,8%) erwiesen.
Wir möchten Euch in diesem Zusammenhang mal an die radikalen Sprüche erinnern, mit denen Ihr in den Tarifkampf eingestiegen seid:
": Tretet für unsere Forderungen ein" ..." Auch wenn es hart wird — wir müssen Widerstand leisten. Widerstand gegen Lohnabbau....Widerstand gegen den Klassenkampf von oben." (Druck und Papier vom 21. April 1976)
Daß wir es im Streik nicht bei Sprüchen belassen haben, sondern uns selber Gedanken gemacht haben, wie unsere Forderung nach 9% am besten durchsetzbar ist, und daß wir hierfür auch schriftlich und aktiv eingetreten sind, das bezeichnet Ihr jetzt als extremistisch.
Im Geschäftsbericht des Landesbezirks Niedersachsen von 1971 steht sehr schön, daß "keine Organisation — auch nicht unsere IG Druck und Papier ohne Kritik und Opposition" auskommt. Durch die Ausschlußanträge zeigt Ihr jedoch nur zu deutlich, daß Ihr den Mitgliedern keine Kritik und keine eigene Aktivität oder gar Opposition mehr zugestehen gedenkt.
Wenn Ihr bereits selbständiges Handeln im Streik als extremistisch bezeichnet und in einem Atemzug mit dem Verkauf des "Arbeiterkampfes" nennt, dann zeigt Ihr damit auch, was es mit dem Extremistenbeschluß tatsächlich auf sich hat. In Wirklichkeit ist es für Euch völlig dasselbe, ob jemand den "Arbeiterkampf" verkauft oder das "Streik–Info" verteilt. Wer heute offen gegen den LOhnraub auftritt und für seine Auffassung schriftlich und öffentlich ein-

tritt, der ist für Euch ein Extremist, der nicht in die Gewerkschaft gehört. Wenn Ihr jedoch selber solche Sprüche macht wie "Widerstand gegen den Lohnabbau ... Widerstand gegen den Klassenkampf von oben", dann ist das völlig unernst und dient nur dazu, den Kollegen vorübergehend nach dem Mund zu reden.
Im Wesentlichen geht es Euch darum, mit dem Extremistenerlaß mißliebige, d.h. kritische Mitglieder mundtot zu machen. Das heißt für alle Kollegen im Klartext: Entweder sie akzeptieren kritiklos die Lohnraubabschlüsse, die Bevormundung im Streik und den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie oder sie fliegen raus.
Mit Euren Ausschlußanträgen wird ein Exempel statuiert für die übergroße Mehrheit der Hamburger Kollegen, die diesen Abschluß abgelehnt haben. Ihnen soll klargemacht werden, nur ja nicht auf dieser Position zu beharren und aktiv für sie einzutreten.
Dabei scheut Ihr auch davor nicht zurück, Kollegen völlig unbewiesen durch die einfache Behauptung, sie hätten das "Streik–Info" verteilt, den Kapitalisten für ihre Abschußliste freizugeben. Wir verlangen von Euch die Bekanntgabe der "Informanten" speziell in den Fällen, wo Kollegen keine Infos verteilt haben. Wir werden es nicht hinnehmen, daß Ihr durch die Behauptung, wir seien Extremisten, ein Verfahren im Zuge des Abgrenzungsbeschlusses aufzwingt. Seit wann ist J. Hansen als Presseverantwortlicher des "Streik–Info" eine gewerkschaftsfeindliche Gruppe, die unter den Abgrenzungsbeschluß fällt! Wir werden Euch für alle Folgen, die aus Eurem Vorgehen entstehen, haftbar machen und behalten uns entsprechende gerichtliche Schritte vor.
Weg mit den Abgrenzugsbeschlüssen
Wir fordern die ZUrücknahme der Ausschlußverträge!
Für freie Meinung und Information innerhalb der Gewerkschaften!
Gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie!
gez. J. Bischoff gez. W. Borsbach gez. U. Fürniß
gez. J. Hansen gez. R. Kölpin gez. J. Maack
gez. R. Möckel gez. F. Roose

Der Vertrauenskörper der Fa. Broschek hat in einem Brief an den Ortsvereinvorstand der IG–Drupa die sofortige Rücknahme der Ausschlußanträge gefordert.

TAUSEND TOTE DURCH MEXAFORM

FRANKFURT (ID) 13. Juli Im Prozeß um die Verantwortung für die Smon-Erkrankungen in Japan haben drei Pharma-Konzerne, darunter Ciba-Geigy, im Juni einen Vergleich und eine Entschädigung angeboten. Es ging um den Tod von rund 1.000 Menschen und die Schädigung von weiteren 30.000 im Zusammenhang mit dem Medikament Chinoform.

Ciba-Geigy versucht nun, die für sie peinliche Angelegenheit zu bagatellisieren. So verbreitete sie in verschiedenen Presseverlautbarungen die Meinung, es sei nach japanischer Sitte für den Vergleich notwendig gewesen, den ursächlichen Zusammenhang zwischen Medikament und Schäden zuzugeben. Diesen ursächlichen Zusammenhang in einer derart gravierenden Frage bloß von der japanischen Sitte abhängig zu machen, ist mehr als zweifelhaft, wenn nicht gar lächerlich.

Seit 1970 ist durch japanische Wissenschaftler festgestellt worden, daß ein ursächlicher Zusammenhang besteht zwischen dem Auftreten einer „Smon" genannten Krankheit und der Einnahme von chioquinolhaltigen Antidiarrhoica (z.B. Mexaform, Enterovioform und Chinoform).

In verschiedenen Gegenden Japans waren seit den fünfziger Jahren merkwürdige Krankheitsfälle aufgetreten, die sich durch ähnliche Symptome: Durchfall,fortschreitendes Einschlafen der Gliedmaßen, Krämpfe, Bewegungsstörungen aller Art, Sehstörungen bis zur Erblindung, in besonders schweren Fällen Tod, auszeichneten und schließlich dem gemeinsamen Namen „subacute myelo-optic-neuropahty = SMON) erhalten hatte. Hatte man die Krankheit zunächst als Folge einer bisher unbekannten Viruskrankheit diagnostiziert, so verstärkte sich allmählich der Verdacht, daß diese Krankheit nicht etwa mit einer Darminfektion beginne, sondern



vielmehr durch Medikamente eben zur Therapie dieser Erkrankung ausgelöst sein könnte. Tatsächlich waren die meisten der „Smon-Kranken" mit clioquinolhaltigen Medikamenten gegen Darminfektionen behandelt worden, zeitweilig wegen „Darmgrippewellen" zu Tausenden, wobei man vorsorglich auch noch nicht betroffenen Personen in gefährdeten Gebieten diese Medikamente empfahl.

Schon 1962 (!) hatte ein Schweizer Veterinärmediziner die Firma Ciba davon informiert, daß er in Tierversuchen Störungen des Zentralnervensystems bei diesen Medikamenten beobachtet hatte. Erst bei seiner Vernehmung als sachverständiger Zeuge vor einem Tokioer Gericht wurden die Ergebnisse seiner Untersuchung öffentlich bekannt, was ihm vorher von der Firma untersagt worden war (man fragt sich, mit welchen Mitteln; eine rechtliche Handhabe gibt es ja wohl nicht).

Daß Ciba-Geigy offenbar nicht gewillt ist, aus diesem Pharma-Skandal ihre Lehren zu ziehen, ist daran ersichtlich, daß sie eben jetzt eine neue Werbekampagne angekurbelt hat, die Mittel wie Mexaform und Entero-Vioform anpreist, die ebenfalls Chinoform enthalten. Smon, so Ciba-Geigy, sei außerhalb von Japan kein Probelm. Dabei hat es in Europa schon in den 60er Jahren Fälle von Erblindungen gegeben, die von Neurologen und Augenärzten auf Chinoformpräparate zurückgeführt wurden. In Schweden kamen die Chinoformpräparate 1970 auf die schwarze Liste. In den USA wurden bei etwa 400 Personen schwere Augenschäden festgestellt und daraufhin einige Formen des Medikaments aus dem Handel gezogen.

Ciba-Geigy dagegen meint in einem Brief an die Ärzte feststellen zu müssen:

„Nachdem Clioquinol-Präparate in Japan aus dem Handel gezogen worden waren, trat SMON nur noch vereinzelt auf"...
„Millionen Menschen haben während 40 Jahren clioquinolhaltige Medikamente von Ciba-Geigy eingenommen. In diesem Zeitraum wurden außerhalb Japans nur 180 Fälle mit neurologischen Nebenwirkungen irgendwelcher Art gemeldet, von denen 40 bis 60 Fälle gewisse Ähnlichkeiten mit dem japanischen SMON aufwiesen ..."
„Alle diese Tatsachen zeigen, daß außerhalb von Japan keine mit dem japanischen SMON vergleichbaren Krankheiten aufgetreten sind. Die in der übrigen Welt festgestellte außergewöhnlich gute Verträglichkeit von Clioquinol bestätigt, das SMON ein spezifisch japanisches Problem darstellt."

So wurde aus dem „spezifischen Problem" des Professors der Veterinärmedizin im Jahre 1962 das spezifische Problem der japanischen Patienten.

In der BRD sieht sich die Ciba-Geigy neuerdings veranlaßt, in Beipackzetteln zu Mexaform auf die schweren Nebenwirkungen hinzuweisen und beim Auftreten von Seh- oder Empfindungsstörungen das sofortige Absetzen des Präparates nahezulegen.

Außerdem wird die Behandlungsdauer auf eine Woche mit 750 mg täglich begrenzt.

Diese Hinweise sind in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich, was die englische Consumer's Association zu der Frage veranlaßt: „Unterschieden sich die Italiener von den Schweizern und Griechen so sehr, daß in Italien die Ciba den Leuten täglich 1.500 mg Entro-Vioform für eine Dauer von 28 Tagen anbieten kann – mit nur wenigen Kontraindikationen undkeiner Warnung, die Behandlung bei den ersten Anzeichen einer Neuritis abzubrechen – während in der Schweiz und in Griechenland die Dosis auf die Hälfte und auf zur sieben Tage beschränkt wird und zahlreiche Kontraindikationen genannt werden? "

Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß notwendige Warnhinweise nur gegeben werden, wenn sie in dem betreffenden Land vorgeschrieben werden oder es sonstwie opportun erscheint, wie zur Zeit in der BRD aufgrund der Diskussion um das neue Arzneimittelgesetz.

(aus: Aktuelle Gesundheitspresse/Arzneimitteltelegramm/ „konzept")

AKTION ZUR RETTUNG VON KARL-HEINZ ROTH

HAMBURG (ID) 14. Juli In der Woche bis zum 2. Juli waren zwei Gutachter bei Karl-Heinz Roth in der Zelle gewesen und gehen nun daran, ihr Gutachten zu formulieren. In den nächsten Tagen wird das Kölner Haftgericht nach diesen Gutachten über die Haftfähigkeit von Karl-Heinz entscheiden – dies ist für ihn eine Entscheidung über Leben und Tod. Deshalb hatten sich die Komitees zur Unterstützung von Karl-Heinz Roth das Ziel gesetzt, in verschiedenen Städten für diese Entscheidung eine Öffentlichkeit herzustellen – das Gericht sollte sehen, daß seine Entscheidung mit Sorge beachtet wird, und daß es für die Konsequenzen einzustehen haben wird.

Aus diesem Grund wurde in Hamburg die Petri-Kirche besetzt.

Die Hamburger Aktion:

Vormittags wurde ein Informationsstand mit Stellw änden, Flugblättern, Unterschriftenlisten,Postkarten, Dokumentationen und Bücherverkauf gegenüber dem Mönchebrunnen aufgebaut. Viele Passanten blieben schon beim Aufbau des STandes stehen; es bildeten sich kontrovers diskutierende Gruppen, in denen teils über „die Terroristen" sich ereifert (aktualisiert durch die Ereignisse in Entebbe), teilsüber die Lage von Karl-Heinz Roth informiert wurde. Am Mittag bildete sich dann um zwei Transparente und ein Megaphon ein kleinerer Demonstrationszug von 40 bis 50 Leuten, der mit dem Ruf „Freiheit für Karl-Heinz Roth, sonst droht ihm bald der Tod" die Mönchebergstraße hinunter bis zum Pertrikirche zog und dort Transparente „die Kirche ist besetzt" anbrachte. Einige Pressevertreter waren da. Stellwände wurden in die Kriche getragen mit dem Ziel, dort eine Ausstellung mit Film über die Situation im Knast einzurichten. Da nur wenige Leute in die fast leere Kirche kamen, wurden die Schautafeln später vor der Kirche aufgebaut. Praktisch entwickelte sich hier ein zweiter Informationsstand, von dem aus über Karl-Heinz, Borvin Wulf und andere politische Gefangene informiert wurde. Bei der Abendandacht ging Pfarrer Malsch auf die Besetzung ein mit der Frage: „WEr ist dein Nächster? Für diese jungen Leute ist Karl-Heinz Roth der Nächste. Wer sollte unser Nächster sein, wenn nicht der, der in größter Not, Abgeschiedenheit und Krankheit sich befindet? '"

Vorbereitung und Unterstützung der Aktion

Die Aktion wurde vorbereitet durch Wandzeitungen, Flugblätter, in denen aufgerufen wurde, sich am Freitagvormittag am Informationsstand zu versammeln. (Diese Aufrufe blieben erwartungsgemäß erfolglos, zumal nicht genannt werden konnte, was wir vorhatten.) Weiter durch einen Informationsstand an der Uni. Genossen und Organisationen wurden gezielt angesprochen. ESG, KB Nord, SB und die Knastgruppe vom Fischmarkt unterstützten die Aktion durch Bereitstellen von Stellwänden etc. Ein Tag zuvor wurden die konkreten Vorbereitungen getroffen. Stellwände und Transparente wurden hergerichtet, Flugblätter gedruckt,das Gebiet sondiert. Nur durch die Unterstützung der Genossen und Organisationen ist es möglich gewesen, die Aktion in der Kürze, der Zeit und in dieser Form durchzuführen.

Bewertung der Aktion

Bei den Passanten ließ sich eine Polarisierung beobachten. Während viele „Kopf ab" und „alle vergasen" und ähnlichen Stuß abließen – die offensivsten Kämpfer in dieser Richtung waren alte Nazi-Rentner, die leider viel Zeit mitbrachten und kaum abließen – reagierten andere differenzierter: sie argumentierten mit den „Pflichten des Rechtsstaates zur Fairneß" oder sagten einfach: „Hier kann ich jemand helfen" und waren bereit, sich dafür einzusetzen.

Generell läßt sich jedoch festhalten, daß nach jahrelanger Agitation in den bürgerlichen Medien „in Sachen Terrorismus" es sehr schwer geworden ist, die Inhalte, auf die es uns ankam, einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln. Es bildeten sich Gruppen, in denen ohne unser Zutun in dieser Weise diskutiert wurde. Die erste Frage war meist die nach dem Grund der Festnahme. Unsere Antwort darauf – Schilderung des Hergangs in Köln, soweit bekannt, und die Tatsache, daß Karl-Heinz nicht geschossen hat – wurde oft skeptisch aufgenommen. Bei der Unterschriftenliste wurden Bedenken wegen der Berufsverbote oder anderer Repressalien erhoben. Es gelang selten, politische Inhalte von dem, was Karl-Heinz geschrieben hat und verkörpert, einzubringen. Ausnahmen waren meist ehemalige Studenten, die ihn aus der SDS-Zeit her kannten. Nur teilweise trat unser eigentliches Vorhaben, die Gefahr für den todkranken Karl-Heinz unter der Knastmedizin und der isolierenden Haftbedingung, in den Mittelpunkt der Diskussionen, mit den Passanten.

Anders war das in der „liberalen Öffentlichkeit", die durch „FRankfurter Rundschau",NDR und durch Kirchenmänner hergestellt wurde. Die Boulevardpresse hat über unsere Aktion überhaupt nicht berichtet. Stattdessen brachten „Hamburger Morgenpost" und „Bild" Berichte, wie die ideale Badenixe des Jahres 1976 auszusehen habe oder wie die „scharfe Betty" von Sankt Pauli einen Freier um 50 Mark erleichtert habe.

Die „FRankfurter Rundschau" schob ihren Artikel – auf Seite zwei und ohne Überschrift – in die „Terroristenecke": unter dem Bericht über die Ereignisse in Entebbe fand sich – kaum abgesetzt– ein sachlicher und fairer Beitrag. Allein eine Passage – Roth sei den größten Teil des Tages ohne Bewußtsein – entsprach nicht den Tatsachen. Karl-Heinz verbringt trotz doppelter Menge an Kreislaufmitteln einen großen Teil des Tages in einem Zustand, den man als „Dämmerzustand", nicht aber als Bewußtlosigkeit bezeichnen kann. Die „Umschau am Abend" (NDR) brachte einen längeren Bericht über die Aktion und die Situation von Karl-Heinz, der sehr gut war, bis auf einen Einwand: es wurde betont, daß Karl-Heinz in Köln unbewaffnet gewesen sei. Diese Information ist ohne Belang für die Forderung für Haftverschonung. Es fanden sich mehrere Pastoren, unter ihnen der ehemalige chilenische Bischof Frenz, die in Vorgesprächen ein Engagement für Karl-Heinz voll im Rahmen ihres kirchlichen Auftrags sahen.

Wir meinen, mit dieser Aktion das erreicht zu haben, was in unseren Kräften stand. Diese Aktion war eine Vorbereitung für das, was wir im Falle einer negativen Entscheidung der elften großen Strafkammer am Kölner Landgericht weiter tun müssen, um das Leben von Karl-Heinz z u retten.

Kontaktadresse: Die Hälfte des Himmels, Schlüterstr. 79, 2000 Hamburg

EIN ZWEITER FALL STRECKER

FRANKFURT (ID) 14. Juli Am 14.7., sechs Uhr dreißig, schlug die Polizei wieder einmal in Frankfurt zu. Es sieht aus, als ob sich der „Fall" Strekker (siehe ID 126) wiederholt, diesmal ist es eine Frau, Gisela Ickert, die unter der Anklage: Mordversuch verhaftet wurde. Während die Polizei bei der Verhaftung noch behauptete, Gisela habe einen gelben VW gefahren, in dem das Tatwerkzeug transportiert worden sein soll, hatte der Haftrichter keine anderen Vorhaltungen, als daß sie den Molotow-Cocktail, den schon Strecker geschleudert haben soll, geworfen hätte. Konkretere Angaben wurden nicht gemacht. Die Verhaftung erfolgte aufgrund einer Zeugenaussage und der Ermittlungen der Polizei.

Abgesehen davon, daß Gisela keinen Führerschein besitzt, war sie auch während der ganzen Demonstration mit verschiedenen Frauen zusammen, die bereit sind, dies auch zu bezeugen. Die Zeugenaussag ist weder der Anwältin, noch dem Richter noch dem Staatsanwalt bisher bekannt, geschweige denn der Gisela.

Der Zeitpunkt der Festnahme gerade jetzt scheint bewußt gewählt, da sich mehrere Zeuginnen in Urlaub befinden und damit die Verteidigung erschwert wird. Falls Gisela nicht gleich wieder freigelassen wird, findet der nächste Haftprüfungstermin in 14 Tagen statt und erst dann werden weitere Zeugen vernommen.

Da Gisela zur Zeit eine Ausbildung als Krankenschwester macht, steht ihre berufliche Zkunft auf dem Spiel, wenn sie nicht bald wieder freigelassen wird.

BOMBENANSCHLAG AUF BUCHHANDLUNG – DIE SPUREN WEISEN NACH RECHTS

HANNOVER(ID) 13. Juli Auf die Buchhandlung "Arbeiterbuch" in Hannover ist ein Bombenanschlag verübt worden. Dazu ist am 11. Juli vom "Arbeiterbuch" folgende Erklärung abgegeben worden:

" In der Nacht vom Diestag (6.7.) zum Mittwoch wurde auf das Lager und die Druckerei unseres Buchladens ein Bombenanschlag verübt. Die Täter verschafften sich offensichtlich durch einen Nachschlüssel oder Dietrich den Zugang zu dem Hof des Grundstückes Grotestr. 13, auf dem sich das Lager befindet. Dabei hängte einer der Täter die in einer Plastiktüte befindliche Bombe an die Tür des von uns gemieteten Hinterhauses. Nur der Aufmerksamkeit einer Hausbewohnerin und dem Versagen des Zündmechanismus war es zu verdanken, daß es keine Katastrophe gab. Das Lager befindet sich nämlich in einer Gegend in Hannover-Linden, die sich durch besonders dichte Bebauung auszeichnet, und die Sprengladung hätte ausgereicht, um mehrere umliegende Wohnhäuser in Brand zu setzen. Die Täter setzten damit bewußt die Gesundheit und das Leben vieler Menschen aufs Spiel.

Von zweien der Täter existieren auf Grund der Beobachtungen eines Zeugen Beschreibungen. Diese decken sich mit zwei Mitgliedern der rechtradikalen Organisation"Junge Nationaldemokraten", die vor vier Monaten mehrere Antifaschisten mit einer Pistole bedrohten. Wir verfügen über Fotos dieser Leute und der Polizei sind die Personalien bekannt!

Laut Aussage des ermittelnden Kriminalhauptkommissars Meyer von der Abteilung K 7.2(Staatsschutz) verfügt die Polizei bisher über keine Erkenntnisse über rechtsradikale Gruppierungen; da hätten sie sich noch keine Gedanken drüber gemacht. Und so wurde bis jetzt nur in der Richtung ermittelt, als ob sogenannte "Querelen" unter den Linken für den Bombenanschlag verantwortlich zu machen seien. Anstatt sich konsequent um die Aufklärung des Anschlags zu kümmern, wurden die Gesellschafter der Buchhandlung vom Staatsschutz ausgefragt nach politischen Verbindungen, Kunden etc.. Die ermittelnden Beamten sind uns noch recht gut in Erinnerung von einer Durchsuchungsaktion im Zuge der Beschlagnahme des Buches von'Bommi' Baumann. Uns scheint, daß man sich mehr darum bemüht, Erkenntnisse über uns und andere demokratische und fortschrittliche Gruppen für die Akten des Verfassungsschutzes herauszubekommen, als daß man sich um die Verfolgung der inzwischen doch ziemlich eindeutigen Spuren kümmert.

Und diese Spuren weisen nach rechts!

STUTTGARTER – NACHRICHTEN – TERROR

STUTTGART(ID) 13. Juli In den 'Stuttgarter Nachrichten stand am 12. Juli ein Bericht mit dem Titel:" Die Chefs des Anarcho–Untergrunds haben einen neuen Standort bezogen – Im Fadenkreuz der Terroristen: Stuttgart – Anschläge werden für die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes befürchtet." Da steht dann unter anderen drin:

".... Stuttgart ist in den vergangenen Wochen mehr und mehr zur heimlichen Hauptstadt der Terroristenscene geworden: Hinter dem freundlichen Begriff des "Informationszentrum", den das baden–württemburgische Innenministerium gebraucht, verbirgt sich eine bedrohliche Konzentration und Machtverlagerung. Die Rolle der Schaltstelle, die bis zum Frühjahr dem Büro des Hamburger Rechtsanwalt Groenewold zugeschrieben wurde, scheint jetzt die Kanzlei des Stuttgarter Anwalts Klaus Croissant übernommen zu haben. Einen Beweis für diese Annahme sehen die Ermittler – das Landesamt für Verfassungsschutz und die zuständigen Polizeidienststellen – in der Tatsache, daß im Büro Croissant plötzlich eine ganze Reihe 'neuer "Mitarbeiter" aufgetaucht sei, die zuvor für Groenewold in Hamburg tätig gewesen sein sollen. Überhaupt gehe es in der Kanzlei des 1975 wegen des Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung verhafteten und später gegen eine Kaution von 80 000 Mark wieder freigelassenen Croissant „sehr lebhaft ein und aus". Neben Akten würden auch „Pakete von unterschiedlicher Größe hin– und hergeschleppt". In und um Stuttgart seien nach bekannter Art konspirative Wohnungen angemeitet worden ..."

Dazu Rechtsanwalt Dr. Klaus Croissant in einer Presseerklärung:

" Mit dem in den "Stuttgarter Nachrichten" vom 12.7.1976 veröffentlichten Artikel "Im Fadenkreuz der Terroristen: Stuttgart" verfolgen die Staatsschutzbehörden des Landes Baden–Württemberg auf Weisung des Bundeskriminalamtes das Ziel, eine neue Durchsuchungsaktion gegen meine Kanzlei sowie meine erneute Verhaftung in der Öffentlichkeit psychologisch vorzubereiten.

Dem Staatsschutz ist ebenso wie der interessierten Öffentlichkeit längst bekannt, daß ich dem INTERNATIONALEN KOMMITEE ZUR VERTEIDIGUNG POLITISCHER GEFANGENER IN WEST – EUROPA (IVK) angehöre, dessen deutsche Sektion sich in meiner Kanzlei befindet. Die Staatsschutzbehörden wissen ferner, daß das IVK alle Informationen sammelt, die zur Verteidigung von Gefangenen aus sozialrevolutionären Guerillabewegungen notwendig sind.

Der den "Stuttgarter Nachrichten" zugespielte Bericht ist ein typisch nachrichtendienstliches Manöver. Es zielt darauf ab, Beschaffung, Sammlung, Auswertung, Austausch und Veröffentlichung von Informationen für illegal zu erklären, die zur Verteidigung von gefangenen Revolutionären im internationalen Rahmen notwendig und geeignet sind, die konkreten staatlichen Vernichtungsmaßnahmen gegen gefangene Guerillakämpfer offenzulegen.

Das Erscheinen des Artikels gerade jetzt hat seinen Grund darin, dem von der Bundesanwaltschaft zuerst einer Gehirnwäsche unterzogenen, danach zum Kronzeugen aufgebauten Zeugen Gerhard Müller im Stammheimer Prozeß entgegen den von der Verteidigung vorgebrachten Tatsachen dennoch Glaubwürdigkeit zu verschaffen und den Aufbau eines internationalen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Todes von Ulrike Meinhof sowie die Erstattung einer Strafanzeige wegen Mordes zu verhindern.

IVK – DR. Klaus Croissant"

WIE SICH DAS BLATT WENDET

MÜNCHEN (ID) 13. Juli

Am Tag nach Erscheinen des 68. Blattes – am 15.4.76 – wurde es durch Beschluß des Amtsgerichts München beschlagnahmt. Als Grund dafür gab Richter Zeilinger eine Zeichnung im Anzeigenteil des Blattes an, die eine Person zeigt, die einen Gegenstand wirft – nach Meinung des Richters einen „Molotow-Cocktail" – daneben steht der Ausspruch „Right on". In dieser Zeichnung und dem Spruch wurde die Aufforderung gesehen, „dem bezeichneten Beispiel nachzueifern", d.h. Brandstiftung zu begehen. Strafbar nach § 111, 308 StGB.

Gegen den Beschluß wurde am 11.5.76 durch die Rechtsanwälte Arnold und Wolff Beschwerde eingelegt. Die Anwälte stellten fest, daß durch die Zeichnung nicht zu einer bestimmten Straftat aufgefordert wurde, da überhaupt nicht klar ist, ob der angebliche Molotow-Cocktail auf Gebäude oder ins Wasser, einen Sandhaufen oder einen Abfallkübel geworfen werden soll.

Mit gleicher Begründung hätte die STaatsanwaltschaft gleich eine Aufforderung zum Mord oder Totschlag sehen können, da sogenannte Molotow-Cocktails bekanntlich auch gegen Personen eingesetzt werden. Aber solche Spekulationen können und dürfen nicht Gegenstand einer strafrechtlichen Würdigung sein, meinten die Anwälte, die Beschlagnahme sei daher rechtswidrig.

Bei Fertigstellung dieser Dokumentation erreichte die Blatt-Redaktion die Mitteilung, daß die Beschlagnahme von Blatt 68 durch Beschluß des Landgerichts aufgehoben wurde. In Übereinstimmung mit der Beschwerdebegründung der Anwälte führten die Richter Dr. Mayer, Ulrich und Dr. Reichold aus, daß es in keiner Weise erkennbar sei, wohin die Brandflasche fliege oder geschleudert werde. Die Annahme, daß eine Brandstiftung begangen werden solle, sei eine „reine Spekulation" Außerdem hätten die Worte „Right on" nur zustimmenden, nicht aber auffordernden Charakter.

Sehr ausführlich setzte sich das Landgericht mit der Körperhaltung des Werfers auseinander und kam zu dem Ergebnis, daß der Molotow-Cocktail gar nicht von der Figur geworfen sein kann, da „allenfalls ein Linkshänder nach dem Wurf die abgebildete Körperhaltung" einnehmen könnte. Dagegen wiederum spreche aber die Haltung der Beine der abgebildeten Person.

Eine immerhin erfreuliche Entscheidung, zeigt sie doch, daß noch nicht jede Absurdität der Staatsanwälte die Zustimmung der höheren Gerichte findet.

PRESSEANALYSE ZU PORTUGAL UND ANGOLA

ERLANGEN (ID) 7. Juli

Das Portugal-Komitee ERlangen-Nürnberg hat am Beispiel der „Nürnberger Nachrichten" eine Kritik der bürgerlichen Berichterstattung über Portugal und Angola zusammengestellt. Die Untersuchung behandelt den Zeitraum vom 1.9.75 bis 31.10.75. Kostet zwei Mark plus 30 Pfennig Porto. Zu beziehen über: Bücherkiste, Jakobstr. 26, 8400 Nürnberg.

IRANISCHEM STUDENTEN DROHT ABSCHIEBUNG

HEIDELBERG (ID) 13. Juli

Dem iranischen Kommillitonen Reza Mahodjer droht die Ausweisung bzw. Abschiebung in den Iran. Das heißt unter den gegebenen Bedingungen im Lande des Schah, daß Reza dort mit lebenslanger Freiheits- wenn nicht mit Todesstrafe zu rechnen hat. Als bekanntes Mitglied einer iranischen Studentenorganisation, die hier in der BRD über die Situation im Iran informiert und offen gegen das Regime des Schah auftritt, fällt er im Iran unter jenes Gesetz, dasMitgliedschaft in „antimonarchistischen Organisationen" mindestens mit lebenslanger Haft bedroht. Daher besteht die akute Gefahr, daß Reza im Falle der Abschiebung für immer in den Kerkern des Kruppteilhabers Schah von Persien verschwindet.

Als Anlaß für die Abschiebung muß eine Protestaktion ausländischer Studenten gegen das akademische Auslandsamt herhalten, an der Reza als AStA-Auslandsreferent teilnahm. Hierfür wurde er im Mai vom Heidelberger Amtsgericht zu 3.600 Mark Geldstrafe bzw. 180 Tagen Haft verurteilt. Bereits seit September letzten Jahres wird Reza die Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung für die BRD mit Hinweis auf diesen Prozeß verweigert. Jetzt, nach Ende des Prozesses und seiner Verurteilung liegt die weitere Entscheidung über eine mögliche Abschiebung bei den Ausländerbehörden an. Der Leiter des Heidelberger Ausländeramtes sagte dazu, daß eine Ausweisung ziemlich sicher zu erwarten sei. (zum Ausländergesetz: siehe ID 126)

KEINEN PFENNIG MEHR – WIE BISHER

TRIER (ID) 13. Juli

Studenten der Universität Trier boykottierten die Erhöhung der Sozialbeiträge. Seit Mitte dieser Woche läuft eine von fast allen studentischen Gruppen und Vertretungsorgan n unterstützte Aktion an, mit der die STudenten ihren Unwillen gegen diese Maßnahme dokumentieren wollen. Der Sozialbeitrag war erst vor einem Jahr um vier Mark auf 16,70 Mark erhöht worden. Im MÄrz des Jahres dann unter noch immer nicht ganz geklärten Umständen vom Vorstand des Trierer STudentenwerks auf 24 Mark erhöht worden. Mit dieser Erhöhung sollte das Defizit gedeckt werden, das durch die Senkung der Preise für Mensaessen entstanden war. Zwar zeigte sich, daß mit dieser Erhöhung der Vorstand seine Kompetenz überschritten hatte, und die Erhöhung infolgedessen auch teilweise rückgängig gemacht wurde, . Doch ist der neuangesetzte Betrag von 21 Mark angesichts der miserablen Lage, in der sich ein Großteil der Studenten befindet, immer noch unverhältnismäßig hoch. Zusammen mit den anderen größeren und kleineren Preierhöhungen – so sind in der letzten Zeit wieder einige Cafeteria-Preise gestiegen, ebenfalls Fotokopier- und Bibliotheksgebühren – bedeutet dies einen tiefen Griff in den studentischen Geldbeutel.

OST–TIMOR, LIQUIDIERUNG EINES VOLKES?

FRANKFURT (ID) 7. Juli

Unter dem Titel „Osttimor - zu links für die Freiheit? " hat die Gesellschaft für bedrohte Völker in Zusammenarbeit mit „amnesty international" in ihrer neusten Nummer von „pogrom" auf die Situation im besetzten Ost-Timor hingewiesen. „Wer heute der Liquidierung Ost-Timors zustimmt, wird morgen weiteren Agressionen zustimmen müssen,die Hinnahme der Vergewaltigung einer kleinen Nation ermuntert zur Nachahmung," schreiben die Herausgeber. Zu beziehen ist die Zeitschrift (April/Mai 1976) über folgende Adresse: Redaktion Pogrom, Parkallee 18, 2000 Hamburg 13.

VON DER AUSLÄNDERBERATUNGSSTELLE ZUM KULTURZENTRUM

NEU-ISENBURG (ID) 14. Juli Wie schon im ID 133 berichtet, wurde am Donnerstag, dem 8. Juli, die Ausländerberatungsstelle in Neu-Isenburg geräumt. Dabei wurde ein Reporter der „Offenbach-Post" verprügelt und die beiden Sozialarbeiter Horst Schäfer und Sven Lewin erhielten Hausverbot in allen öffentlichen Einrichtungen. Der erste Stadtrat Becker verfügte sogar widerrechtlich über das Jugendzentrum, indem er auch hier ein Hausverbot durchsetzen will, obwohl das Haus in Selbstverwaltung geführt wird. Außerdem wurde Horst Schäfer doch noch gekündigt; danach beleidigte Becker die beiden noch, indem er sie als „dreckige Zigeuner und Saukerle" beschimpfte. Dei Sozialarbeiter haben inzwischen — außer Arbeitsgerichtsprozessen, Beleidigungsklagen gegen Becker, Pressekonferenzen etc. — ein Papier aufgesetzt, das in den verschiedenen Gruppen zur Zeit diskutiert wird:

Wir möchten hiermit die Ideen und Vorschläge der letzten Tage zur Fortführung der Ausländerarbeit in Neu-Isenburg präzisieren und zur Diskussion stellen.

Als wir noch bei der Stadt beschäftigt waren, haben wir darauf hingearbeitet, die Selbstorganisation der Emigranten zu fördern. Ein Erfolg in dieser Richtung waren die Zentren der Araber, Spanier, Griechen und jetzt auch der Italiener. Ein weiterer Erfolg das gewachsene Selbstvertrauen der Emigranten gegenüber der STadt, was die Durchsetzung ihrer Autonomie und ihrer Forderungen nach menschenwürdigem Wohnraum usw. betrifft.

Der Rausschmiss von uns beiden ist daher nur als Anfang einer Entwicklung zu sehen, an deren Abschluß die Zerschlagung der autonomen Organisationen der Emigranten stehen soll. Zeichen dafür gibt es bereits genügend:

1. Die LKA-Aktion bei den Arabern, Kriminalisierung der Palästinenser, Versuch der Spaltung bei den Arabern durch Geheimgespräche ...
2. Die Hinhaltetaktik was die Raumvergabe für die Italiener betrifft — die Interessen von Spekulanten werden über die der Emigranten gestellt. ...

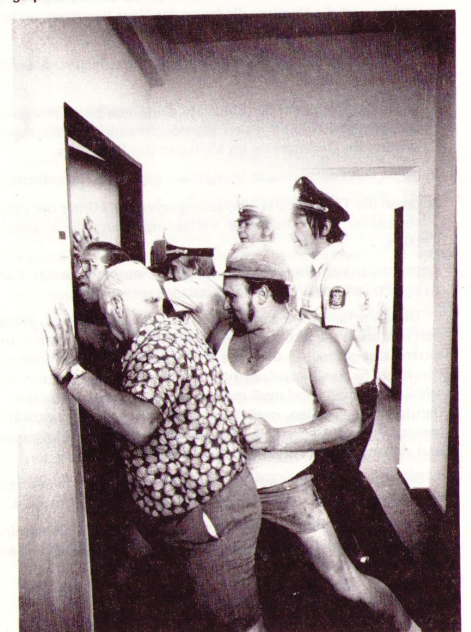
Ähnliches bei den Griechen und Spaniern.

Trotz allem ist die Spaltungstaktik der STadt bisher fehlgeschlagen, wenn auch begreiflicherweise Angst existiert. Angst auf der einen und gewachsenes Selbstvertrauen auf der anderen Seite sind einmal das Produkt der Spaltungstaktik der Stadt, andererseits der Erfolg unserer Arbeit, unserer freundschaftlichen Beziehungen zueinander.

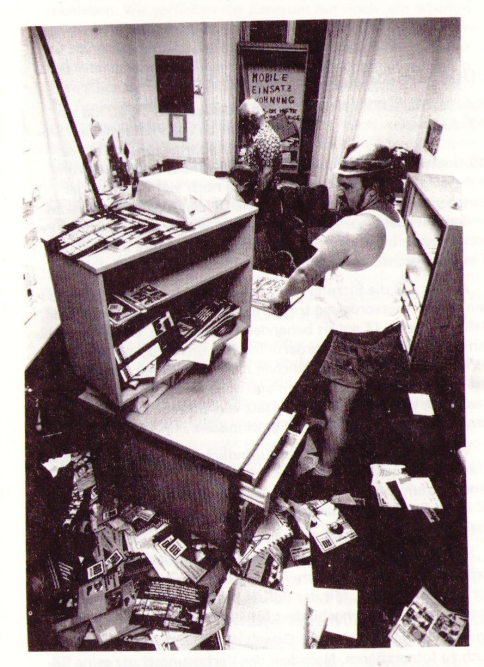
Wenn der Herr Becker meint, daß die Ausländerarbeit in Neu-Isenburg nahtlos weiterläuft, so ist das angesichts der Zerschlagung unserer Stelle und der Einsetzung eines Verwaltungsbürokraten im Rathaus für Ausländerarbeit natürlich eine Ironie.

Wir machen folgenden Vorschlag, damit die Arbeit nahtlos weiterläuft:

1. Gründung eines Vereins „multi-nationales Kulturzentrum Neu-Isenburg" — Eintragung ins Vereinsregister
2. Als mögliche Trägerorganisatonen fodern wir folgende Organisationen auf, diesen Vorschlag zu diskutieren:
   I. die Arabische Hilfsgemeinschaft
   II. die Assoziatione Lacoratori Italiani
   III. die Grupo de Trabajo der Spanier
   IV. die Griechengruppe
   V. das Jugendzentrum Frankfurter Straße
   VI. den Club Voltaire
   VII. die Jusos
   VIII. das DGB-Ortskartell
   IX. das Frauenzentrum Dreieich.
3. Diese Gruppen sollten zunächst als formale Träger den Verein gründen, um einer Kriminalisierung der Stadt von vornherein entgegen zu wirken. Außerdem werden wir uns bemühen, weitere Organisationen der Emigranten und Personen des öffentlichen Lebens für die Trägerschaft zu gewinnen.



Isenburger Polizisten und Arbeiter des städtischen Betriebshofes bei der Stürmung der Ausländerberatungsstelle



Abtransport der Akten

4. Durchsetzung der Gemeinnützigkeit dieses Vereins. Vorteil liegt aufder Hand. Der Verein ist spendenwürdig, man kann Personen des öffentlichen Lebens als Dauerspender gewinnen. Die Spenden sind von der Steuer absetzbar, so daß dann sogar unser lieber Herbert Becker spenden könnte.

5. Ziemlich problemlos ist auch, diesen Verein als Institution anerkennen zu lassen, die Sozialarbeiter aufnehmen kann.

6. Anmietung eines Ladens oder noch besser: eines Hauses in Neu-Isenburg, das von den Emigranten selbst eingerichtet werden könnte. Sicher sehr schwierig, ein s zu finden. Wir rufen alle auf, sich in dieser Richtung mal umzuhören.

7. Einrichtung einer Beratungsstelle in diesem Haus oder Laden. Hier müßte man diskutieren, inwieweit so was noch notwendig ist. Aus unseren Erfahrungen glauben wir, zunächst ja.

8. Kollektivierung der Beratungsarbeit unter Interessierten und Mitgliedern der Trägerorganisationen. Wir könnten beispielsweise unsere Kenntnisse von Miet- und Arbeitsrecht weitergeben. Man könnte Vorträge halten über Kultur, politische Zuständen in den Heimatländern usw. . Ein Gremium von zehn bis zwanzig Leuten könnte den Laden schmeißen.

9. Kulturelle und politische Arbeit in diesem multinationalen Zentrum: Filme, Fest, Diskussionen etc. Vorbild: Spanisches Zentrum Essen. "

Diese Vorschläge werden höchstwarhscheinlich angenommen. Verschiedene Emigrantengruppen aber auch andere haben ihre Teilnahme am Projekt schon zugesagt. Ein Konto ist eingerichtet worden — mit der Hoffnung auf Spenden: Projekt Mulitnationales Kulturzentrum Neu-Isenburg, Volksbank Neu-Isenburg, EG 6078 Neu-Isenburg, 21221.

JUGENDHAUSKAMPF IN DER PROVINZ

KAISERSLAUTERN (ID) 13. Juli

Am Montag, dem 14.6., lud der Stadtrat zu einer öffentlichen Sitzung ein. Daraufhin wollten ca. 40. Jugendliche ihre Forderungen nach einem Jugendzentrum auf die Tagesordnung setzen. Obwohl noch viel Platz auf der Zuschauertribüne war, wurde die Hälfte der Jugendlichen nicht in den Ratssaal eingelassen. Eingelassen wurde nur, wer einen Personalausweis und eine Platzkarte vorzeigen konnte und sich die Taschen durchsuchenließ.

Als der OB die Sitzung eröffnete und nach weiteren Vorschlägen für die Tagesordnung fragte, forderte ein Vertreter der ISJZ, daß das Thema JZ sofort behandelt werden solle. Doch man ließ ihn nicht ausreden und forderte ihn auf, unverzüglich den Saal zu verlassen. Als die Jugendlichen nicht nachgaben und weiterhin auf ihrer Forderung bestanden und diese mit Sprechchören untermauerten, wurden sie unter Einsatz von Gummiknüppeln von den Saalordnern aus dem Saal geschmissen.

Vor dem Saal verteilten die Jugendlichen Flugblätter, hängten Transparente auf und unterbrachen mit Sprechchören wie: „Jugendzentrum sofort!" und „Wir haben jetzt das Warten satt, ein JZ in die Stadt"! die Stadtratssitzung, worauf die Stadträte den Saal verließen.

Nachdem auch leere Versprechungen und vertröstende Worte nichts nutzten war das letzte Argument von seiten der Stadträte nur noch die Polizei. Mit der Polizei kamen die Herren vom Verfassungsschutz, die ungehindert fotografieren konnten, während uns die Polizei teilweise mit Gewalt daran zu hindern versuchte, auch zu fotografieren. Nachdem der Verfassungschutz seine Bilder hatte, drohte die Polizei uns mit Gummiknüppeln und Hunden, die gefährlcih nahe vor einigen Jugendlichen auf und ab geführt wurden. So waren wir gezwungen, das Rathaus zu verlassen, da uns nichts an einer gewaltsamen Auseinandersetzung lag.

Danach versammelten wir uns auf dem Rathausplatz, zogen in die Innenstadt und informierten die Bevölkerung über die Vorfälle.

Warum diese Aktion?

Drei (!) Jahre haben sich die Jugendlichen ruhig verhalten und versuchten,mit Bittbriefen ihre Forderungen zu realisieren. Auch langwierige Verhandlungen nutzten nichts. Außer leeren Versprechungen und dem fadenscheinigen Hinweis auf die schlechte Finanzlage bekamen wir nichts zu hören. Das Ergebnis unserer dreijährigen Bemühungen war, daß wir heute immer noch kein JZ haben.

Was zeigt dieser Vorfall?

Die Stadt hat ihre ablehnende Haltung gegenüber dem JZ tatkräftig bewiesen. Sie zeigt damit, daß sie sich um die berechtigten Interessen der Jugendlichen einen Dreck schert. Auf das Argument, daß das JZ zuviel Geld koste, können wir folgendes antworten:

1.
Wir brauchen keine Luxisvilla, sondern ein Haus und zunächst die notwendigen Mittel für den Unterhalt.

2.
Die Stadt widerlegt sich selbst, indem sie für Bauskandale und ähnliche Dinge Millionen verschleudert,für die Interessen der Jugendlichen und sozialen Belange jedoch kein Geld hat.

Unsere Forderungen bleiben deshalb:

— Wir fordern die Stadt auf, uns sofort ein Haus zur Verfügung zu stellen und zumindest die notwendigsten Mittel für den Unterhalt.

— Wir fordern sofort das Haus Bösken als JZ zur Verfügung zu stellen und die Vereine, die heute das Haus benutzen, anderweitig unterzubringen.

Die Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum wendet sich

1. gegen das Verhalten der Stadträte. Die Ratsversammlung war zu einer Diskussion mit den Jugendlichen nicht bereit, sondern drückte ihr Desinteresse im Verlassen des Saales aus.
2. gegen den Polizeieinsatz im Rathaus gegen die Jugendlichen.
3. gegen die Tätigkeit des Verfassungsschutzes. Hinter der Polizei verschanzt fotografierte der Verfassungsschutz alle Jugendlichen.
4. gegen das Verhalten des OB. Er ist als Hausherr für den Einsatz von Polizei und Verfassungsschutz verantwortlich.

Diese Vorfälle,vor allem der Verfassungsschutzeinsatz, gliedern sich nahtlos ein in die Situation der zunehmenden Repression in unserem Staat gegenüber allen, die für ihre Rechte aktiv eintreten. Wer heute für ein Jugendzentrum kämpft, wird von Gesinnungsschnüfflern erfaßt und muß morgen damit rechnen, unter das Berufsverbot zu fallen, muß damit rechnen, bespitzelt und katalogisiert zu werden, muß damit rechnen, vom Staat diskriminiert und viellicht sogar kriminalisiert zu werden.

So reagiert der Staat auf den Versuch, berechtigte Interessen durchzusetzen und auf aktiv-demokratische Verhaltensweisen.

Trotzdem muß der Kampf um das Jugendzentrum unvermindert weitergeführt werden und die Einschüchterungsversuche als solche erkannt werden.

ISJZ Kaiserslautern
(Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum)

ERGEBNISSE DER STUDENTENPARLAMENTSWAHL

TRIER (ID) 13. Juli

Bei einer Wahlbeteiligung von 30,4 %, was dem Durchscnitt der Hochschulen entspricht, ergibt sich jetzt folgende Verteilung:

Jusos	6 Sitze = 52 %
KSB	7 Sitze = 18 %
UM/RCDS	3 Sitze = 25 %
Unabhängige Psychologen	1 Sitz

(UM ist slh-ähnlich)
(Die Verteilung der Sitze erfolgt über Direktwahl und die Fachbereiche)

Daß der KSB über die Fachbereiche seinen Einfluß überproportional steigern konnte, ist nicht sein Verdienst. Zum einen wurde UM/RCDS an zwei Fachbereichen wegen Formfehlern bei der Listeneinreichung von der Wahl ausgeschlossen, so daß hier eine Persönlichkeitswahl mit ziemlich kompliziertem Modus stattfand, zum anderen konnte wegen geringer Mobilisierung der Rechten der KSB seine Kandidaten durchbringen. Auch verstand der KSB es wieder einmal, durch sogenannte Basisgruppenlisten seine U-Boot-Taktik anzuwenden. Den Wählern war nicht klar, daß sie in Wirklichkeit doch KSB wählten. Des weiteren fehlte diesmal eine vernünftige sozialistische Alternative, da die Trierer Sponti-Sozialisten nicht mehr kandidierten. Da für viele Studenten keine echte Wahl mehr bestand, machten sie dies durch viele ungültige Stimmzettel deutlich: in einigen Fachbereichen bis zu 25 %.

INTERNATIONALES

SOMMERPAUSE BEI „RADIO PIRATE 101" – „WIR HABEN'S ERLEBT, ES FUNKTIONIERT"

GENF (FOCUS/ID) 13. Juli

Während knapp zwei Wochen hat in Genf ein geheimer Radiosender, „Radio Pirate 101", Sendungen mit „Musik, Tanz, Revolte und Subversion" ausgestrahlt. Insgesamt waren es acht solcher Sendungen, die man in der Genfer Region empfangen konnte. Die schweizerische und französische Post (PTT) hatten mühsam und ohne Erfolg versucht, den Sendepiraten auf die Spur zu kommen,weil sowohl in der Schweiz wie in Frankreich die PTT ein Sendemonopol haben. Auch die Polizei hat sich in die Suchaktion eingeschaltet, „weil sich zwei ihrer Beamten für die technischen Belange interessierten".

Am 10. Juni haben die Sendepiraten ihre vorläufig letzte Sendung ausgestrahlt. Sie berichteten darin von einem Abend der „Association pour la Musique et Recherche" (AMR), einer Vereinigung von Genfer Jazzmusikern, an der jedermann, auch „nicht"-Musiker sich mit irgendwelchen improvisierten Instumenten beteiligen konnen. Sie informieren weiter über den Kampf gegen den Mil-chbucktunnel in Zürich.

Und schließlich erzählten sie von ihrer Arbeit: wie sie sich zuerst gedacht hätten, wie einfach es sei, so eine geheime Radiostation zu betreiben, wie sie dann gesehen hätten, daß das viel Arbeit erfordert; schließlich, daß sie genug davon hätten, nur da zu sein um Sendungen zu machen, während die Hörer nur da seien, um diese Sendungen zu konsumieren. Die Teilung in Leute, die Sendungen machen und Leute, die Sendungen konsumieren, müsse durchbrochen werden. Sie erzählten von Italien, wo's rund 200 solcher Piratensender gibt. Und schließlich erklärten sie, warum sie jetzt provisorisch aufhören wollen: „Die zwei Wochen, die wir jetzt gesendet haben, konnten nicht mehr sein, als ein Versuchsballon. Wir haben's erlebt – es funktioniert. Nun hören wir provisorisch mal auf. Damit es weitergeht,müssen zwei Möglichkeiten entwickelt werden, die Zahl der Leute, die etwas senden wollen muß sich vervielfachen. Und wir müssen ein System auf die Beine stellen, das es ermöglicht, daß jedermann seine Kassette ausstrahlen kann. Eine tolle Idee, sich ein Genf vorzustellen, wo jeder ausdrücken kann, was er denkt.

Erklären wir allen, wie man eine Sendestation installiert. In Genf gibts sicher 1.000 Leute, die in der Lage sind, so einen Sender, groß wie eine Schuhschachtel, zu basteln. Das Problem ist, daß jeder seine Kassette den Sendeequipen übergeben kann. Macht eure Sendungen mit gutem Material. Macht vier oder fünf Kopien auf Kassetten davon. Gebt diese Kassetten euren Freunden und Kollegen weiter ... es ist sicher, daß sie schließlich ans Ziel gelangen werden.

Diese Sendung ist provisorisch die letzte. Den PTT, die vorgibt, den Kreis, in dem die Initianten von „Radio Pirate 101" zu suchen sind, eingeengt zu haben, geben wir Rendez-vouz für den kommenden Herbst.

FRAUEN HALTEN KNEIPE BESETZT

GENF (ID) 14. Juli

Seit dem 1. Mai halten Genfer Frauen ein Lokal als Frauenzentrum besetzt. In einem Bericht, den wir dem Züricher Magazin „focus" entnehmen, beschreiben sie ihre Erfahrungen:

„Die ersten 10 Tage der Besetzung haben für uns Frauen vieles verändert, denn das Zentrum Tag und Nacht zu halten, hieß zusammenleben. Wir verließen das Zentrum nur noch ,um arbeiten zu gehen (wie viele da plötzlich krank wurden ...) oder um schnell zu Hause ein Bad zu nehmen. Aber das eigentliche „zuHause" war das Frauenzentrum. Waren wir anderswo, dachten wir schon ans Zurückkommen. Während dieser Tage spielte sich die Geschichte der Frauenbewegung, unsere Geschichte an diesem Ort ab, und das in einem unheimlichen Rhythmus. Schon nach wenigen Stunden gab's wieder etwas Neues zu erfahren. Lise Giradin (Stadtpräsidentin) wollte uns so schnell als möglich sehen – das provisorische Lokal, das sie uns vorgeschlagen hatte, um der Besetzung ein Ende zu setzen, war so winzig und verfallen, daß es uns als schlechter Witz des Staates vorkam – ein Arbeiter offerierte uns einen Strauß Rosen – wir wurden vom Radio interviewt. Alle diese Neuigkeiten wurden fortlaufend auf Plakaten an den Außenwänden des Zentrums festgehalten, und zu Stoßzeiten gab's ein eigentliches Drängeln, um die Fortsetzung der Auseinandersetzung zwischen den Frauen und der Stadt zu erfahren.

Auch die Bewohner des „quartier des Grottes" interessierten sich sehr für unserer Geschichte und unterstützten uns mit ihrer Sympathie, Wein, Kuchen, Möbeln, Geld usw., denn unsere Besetzung war auch etwas in ihrem Interesse. Ihr Quartier ist zum Abbruch verurteilt. Viele Wohnungen und Ladenlokale stehen leer, und die verbleibenden Bewohner sind größtenteils alt oder/und Ausländer. Sie verstanden sehr schnell, daß, wenn man etwas will, es einem nicht geschenkt wird, sondern daß man es sich nehmen muß.

In solchen Momenten intensiven Zusammenlebens im Zentrum bildeten sich viele neue, veränderten sich manche alte Beziehungen. Viele Frauen schlüpften aus ihrer gewohnten Rolle, entdeckten ihre Liebe für Frauen an denen sie sonst vorbeigelebt hätten, kreierten und brauchten das Frauenzentrum und arbeiteten zusammen mit Frauen, die sie sonst nie gekannt hätten. Das war etwas anderes, als die Zersplitterung in die kleinen Elendsgrüppchen, in die wir vorher eingeschlossen waren, Gruppen, deren Existenz eine politische Misere reflektierten.

Während dieser ersten Besetzungszeit bestand unsere Aktivität hauptsächlich darin, zu besetzen; diesen Raum, den wir uns genommen haben, zu halten. Wir besetzten als Frauen für Frauen. Männer haben keinen Zutritt zum Frauenzentrum: es sollte klar sein, daß es in so einem Frauenzentrum nur Frau en hat, sonst hieße es nicht so. Wir haben immer wieder erklärt, warum wir es richtig finden, daß es ein Frauenzentrum gibt. Diskussionen, die wir ebenso mit Frauen wie mit Männern geführt haben. (Und wer gibt sich die Mühe, uns zu erklären, warum so viele Orte ausdrücklich oder stillschweigend Männern res erviert sind?) Wir wollen diese Teilung zwischen Frauen und Männern nicht als solche, wir wollen sie nicht perpetuieren, aber wir Frauen haben keinen Ort, wo wir diskutieren und uns organisieren, uns lieben können, und wir brauchen so einen Ort! Die Anwesenheit eines Mannes ändert sofort vieles: von seiner Unterdrückung und Ausbeutung in Gegenwart seiner Unterdrücker und Ausbeuter zu sprechen, heißt sofort, sich rechtfertigen, sehen, wer Recht und Unrecht hat – sich arrangieren, ohne sich während dieser Zeit unter uns, gegen unsere Unterdrückung zu organisieren.

Nach zehn Tagen Besetzung haben wir uns entschlossen, das Zentrum nur noch ab 16 Uhr offenzuhalten. Jeden Abend schließen wir mit dem Schlüssel ab und haben bis jetzt am nächsten Tag jedesmal das Zentrum so vorgefunden, wie wir es verlassen hatten. (Mit einer Ausnahme, wo uns der Gestan faulender Eier mit Vogelembryos und der Anblick einer zerbrochenen Scheibe fast umwarf.) Nach der ersten Besetzungseuphorie stellte sich das Bedürfnis ein, uns konkret in bezug auf frauenspezifische Probleme zu organisieren und ein Diskussionsprogramm aufzustellen.

Das Zentrum war nicht mehr erfüllt von unserem täglichen Kampf-Leben: Arbeit, Familie, Freunde forderten wieder unseren Einsatz. Wir verbrachten weniger Zeit im Zentrum und gingen weniger gestärkt nach außen. Gewisse Fragen tauchten allmählich auf:

– Mit welchen Bedürfnissen kommen wir in ein FRauenzentrum?
– Wofür brauchen wir ein solches Zentrum?
– Fühlen sich nicht die meisten von uns wohl zu hause, haben schon tausend Aktivitäten?
– Inwiefern ist für uns ein Frauenzentrum absolut notwendig, um uns gemeinsam zu stärken, mehr Macht zu haben,und so auch jede Frau individuell zu stärken?
– Wird das Frauenzentrum zur zusätzlichen Aktivität, zur zusätzlichen Arbeit, nebst allen anderen, oder sehen wir in ihm ein Instrument, das für uns lebenswichtig ist?

Über der letzten Vollversammlung im Mai hing ein trauriger Schleier, als sich eine sanfte aber bestimmte Stimme erhob: „Ich möchte das Zentrum neu malen!" Andere schlossen sich an und schließlich sahen wir in dieser Aktivität einen neuen Schritt in der Aneignung dieser Räume. Plötzlich erwachte in uns wieder der alte Kampfgeist. Damit wir und andere Frauen wieder Lust hatten, zu kommen, mußten die trostlosen dreckigen Wä nde, die verblaßten Girlanden und die nackten Glühbirnen verschwinden, auch wenn das ehemalige Bistrot seinen eigenen Reiz hatte.

Im frischgemalten Frauenzentrum häufen sich die Diskussionen, Gruppen und Frauen, die vorbeikommen.

Am 22. Juni hält der Stadtrat eine Sitzung, in der die Petition für ein FRauenzentrum, die wir ihm im März übergeben hatten, auf der Tagesordnung steht. Einige Stadträtinnen und Stadträte (SP und PdA) möchten uns verteidigen, weil einige Frauen dieser Parteien mit uns einverstanden sind, und auch aus anderen Gründen, die uns entgehen ... Entweder wird die Petition kurz und Bündig den Petitionsstellerinnen zurückgeschicht oder sie wird angenommen. Auch im zweiten Fall wird der STadtrat (und damit sind auch die SP und die PdA einverstanden) verlangen, daß wir das Lokal definitiv verlassen, um überhaupt zu verhandeln zu können. Es ist nämlich, für die Stadt im Prinzip unannehmbar, mit jemanden zu verhandeln, der sich in einer illegalen Situation befindet. Was sie bis jetzt nicht abgehalten hat, es trotzdem zu tun. Zum Beispiel haben wir einen Brief von Lise Girardin mit der Adresse „Centre femmes,7, rue des Grottes" bekommen. Diese Besetzung ist ein Dorn in vielen Augen, für uns ein Vergnügen.

Vieles hat sich verändert im Frauenzentrum, aber seit dem ersten Tag ist klar geblieben: dieses Lokal verlassen wir nur, um sofort in ein anderes einzutreten!

Frauen aus dem Frauenzentrum
Genf, 17. Juni 1976
„Centre femmes 7 rue des Grottes"

HUNGERSTREIK FÜR DIE ABSCHAFFUNG DER ISOLATIONSHAFT

ZÜRICH (ID) 28. Juni

Die Gefangenen Petra Krause und Verena Schöb sind a m Samstag, den 19. Juni im Bezirksgefängnis Zürich in einen unbefristeten Hungerstreik getreten um die Aufhebung der unmenschlichen Isolationshaft zu erzwingen. Petra Krause befindet sich seit 15 Monaten, Verena Schöb seit acht Monaten in Isolation.

Petra Krause, geschiedene Ognissanti, ist deutsche und italienische Staatsangehörige. Sie befindet sich seit dem 20.März 1975 in Untersuchungshaft.

Petra Krause wurde zuerst in der alten Polizeikaserne des Kantons Zürich 40 Tage in strenger Isolationshaft gehalten, anschließend 22 Tage im Bezirksgefängnis Winterhur (ebenfalls in strenger Isolationshaft), um anschließend in das Bezirksgefängnis Zürich verlegt zu werden, wo sie sich heute noch befindet - nach wie vor in strengster Isolationshaft.Petra Krause hat mehrere Gesuche um Auflockerung der Isolationshaft gestellt. Sie wurden alle abgelehnt, insbesonders mit der Begründung, es bestünden im Kanton Zürich für Frauen keine Gemeinschaftszellen.

Vom 17. September bis 4.Oktober war Petra Krause im Hungerstreik, um gegen die Haftbedingungen zu protestieren. Der Hungerstreik wurde wegen ihres äußerst prekären gesundheitlichen Zustandes abgebrochen. Mir ihr waren damals mehrere andere Gefangene ebenfalls in einen Hungerstreik getreten. Der gesundheitliche Zustand von Petra Krause ist auch heute schlecht. Sie befindet sich in ständiger ärztlicher Pflege. Ihr Gewicht beträgt zur Zeit 39kg.

Ihr wird vorgeworfen, an zwei Sprengstoffanschlägen (Spanisches Konsulat, Bern und Hannover, Trust Bank,Zürich), sowie an verschiedenen Waffentransporten ins Ausland beteiligt gewesen zu sein.

Die Schweizerin Verena Schöb wurde am 20.Oktober 1975 verhaftet. Bis gegen Ende April befand sie sich in strenger Isolationshaft in der alten Polizeikaserne I im Kanton Zürich. Anfang Mai wurde sie in das Bezirksgefängnis Zürich verlegt, wo sie ebenfalls strenger Isolation unterworfen ist. Der gesundheitliche Zustand von Verena Schöb ist heute ebenfalls alarmierend. Ihr wird unter anderem vorgeworfen, an Sprengstoffanschlägen gegen den Polizeidirektor und einen Zürcher Rechtsanwalt beteiligt gewesen zu sein.

Auskunftspersonen

Verteidiger von Frau Petra Krause : Rechtsanwalt Bernard Rambert, Badenerstr.89, 8026 Zürich, Tel. 23'24'33.
Verteidiger von Frau Verena Schöb: Rechtsanwalt Niklaus Heer, Tödistr.48, 8002 Zürich, Tel. 36'21'11.
Untersuchungsrichter von Petra Krause: Dr. H.R.Müller, Bezirksanwalt, Büro 7. Bezirksanwaltschaft Zürich, Tel. 39'70'30.
Untersuchungsrichter von Verena Schöb: Dr.H.Wieland, eidgenössischer Untersuchungsrichter, Therwilerstr. 9, 4054 Basel, Tel. '061' 39'12'68.
Gefängnisverwaltung des Bezirksgefängnisses Zürich, Herr Ruegg, Kanzleistr. , 8004 Zürich, Tel. 23'70'22.

Petra Krause hat Unterlagen zum Hungerstreik schon Tage vor Beginn der Aktion aus dem Gefängnis geschmuggelt. Damit sollte jedem Versuch seitens der Behörden vorgebeugt werden, die Aktion der beiden Gefangenen mit Schweigen zu quittieren.

Die Hungerstreikerklärung:

" Am Samstag, den 19.6.1976 sind wir in einen unbefristeten Hungerstreik getreten.

Wir fordern für alle Gefangenen:
1. daß die unmenschliche Isolation in Einzelhaft ab sofort verboten wird
2. die Abschaffung der willkürlichen Sprechverbote
3. eine Stunde frische Luft täglich
4. das Recht auf die Wahl eines Vertrauensarztes
5. die Abschaffung von Sichtblenden vor den Käfigfenstern

Wir ersparen uns die nochmalige Beschreibung der einzelnen unhaltbaren Zustände, insbesondere der psychischen und physischen Folgen der Isolation, denen alle Untersuchungs-Gefangenen im Kanton Zürich ausgesetzt sind. Wir wissen, daß die verantwortlichen Justizbehörden, an die sich unser erneuter Protest richtet, seit Jahrzehnten über alles bestens informiert sind,

Wir wissen auch, daß weitere Gefangene sukzessiv in den Hungerstreik treten werden, falls die Behörden auch diesmal auf ihrer Vogelstrausspolitik beharren werden.

Der Hungerstreik wird abgebrochen, sobald zuständige, bevollmächtige Beamte des Entscheidungsorgan der Justiz verbindlich Zusagen zur ERfüllung der Forderungen gegeben haben.

Weitere Forderungen werden in der Anlage befindlichen Schreiben gestellt und begründet. Dieses Schreiben ist Bestandteil der Hungerstreikerklärung. Die Lösungen der einzelnen Punkte soll ebenfalls seitens der jeweils zuständigen Behörden angestrebt werden.

Verena Schöb seit 8 Monaten
Petra Krause seit 15 Monaten
in Isolation"

Das Komitee gegen Isolationshaft hat am 23. Juni in Zürich folgende Erklärung abgegeben:

" Seit Februar 1975 sind in schweizerischen Gefängnissen mindestens 11 Untersuchungsgefangene ums Leben gekommen; allein seit dem 1. Mai dieses Jahres sind vier Todesfälle in Bern, Zürich und Schaffhausen bekannt geworden. Der letzte starb am 21.6.76 - wieder in Zürich - , 2 Tage nach Beginn des Hungerstreiks der Untersuchungsgefangenen Petra Krause und Verena Schöb für die Abschaffung der Isolationshaft.

Am 13. Juli befand sich Petra Krause noch immer im Hungerstreik. Verena Schöb hatte zwei Wochen zuvor abgebrochen. Nach Auskunft des Anwalts befindet sich Petra Krause in sehr geschwächtem Zu stand.

INTERNATIONALE DER KKW-LOBBYISTEN

WIEN (ID) 12. Juli

In Wien fand im Mai eine Konferenz von Elektrizitätsmanagern aus verschiedenen Industrieländern statt, die sich mit dem „Problem" der Atomenergie-Opposition beschäftigten und Gegenstrategien entwickeln sollten. In einem Konferenzpaper heißt es: „Zweifellos sind in den GRuppen, die gegen die atomare Entwicklung opponieren, subvesive Elemente amWErk. Der Grund dafür ist offensichtlich: Wenn unsere Wirtschaft durch Energieknappheit unterminiert oder durch verstärkte Importe verletzbar wird, ist ein politisches Ziel erreicht. Doch für solche Aktivitäten benötigen sie den Schutz von anderen Gruppen — und wir müssen sichergehn, daß diese Gruppen Informationen aus unseren Quellen erhalten."

Die „Befürchtungen der Bevölkerung" sollten für die Energiewirtschaftler ein Anlaß sein „einen gutkalkulierten, gut geplanten und persönlicheren Kontakt zu diesen Gruppen zu suchen, beispielsweise zu Akademikern, Lokalpolitikern , Studenten, Verbrauchern und Umweltgruppen". Die Waffen der „Subversiven" dagegen seien „Halbwahrheiten, Übertreibungen und sogar Lügen". Aufgabe muß sein — so die KKW-Befürworter — zu verhindern, daß die „schweigende Mehrheit in Europa auf ein pseudohumanitäres und pseudoumweltbewußtes Schnick-Schnack hereinfällt".

BESETZTER PLATZ GERÄUMT

MALVILLE (ID) 14. Juli

Nach tagelangen Verhandlungen mit Polizei und Verwaltung über Status und Zukunft der Pla Platzbesetzung (siehe ID 133) wurde am Donnerstag, dem 8. Juli der zugesicherte Waffenstillstand von der Polizei gebrochen. Mit brutaler Gewalt wurden die Lager aufgelöst, di Leu Leute vertrieben und der Zaun um den Bauplatz wieder hergerichtet. Die Verwaltung des Departements versuchte mit einer Reihe von Schikanen die Aktionsmöglichkeiten der KKW-Gegner einzuschränken. Demonstranten wurden bis zu 70 km weit zwangsverschleppt. Telefone wurden abgestellt, Straßen blockiert usw.

Trotz alledem haben sich die Leute sehr schnell wieder zusammengefunden und die Information und Propaganda wieder aufgenommen. Für den Samstag wurde in Bouvesse zu einer Kundgebung aufgerufen und anschließend eine Demonstration vor der Präfektur in Grenobel durchgeführt. Entgegen diesem Plan des Koordinationsauschusses formiette sich eine Demo mit Bauern und Traktoren an der Spitze zur Befreiung der von der Polizei abgesperrten Dörfer um den Bauplatz herum. Die Überraschung war groß und der Sieg schien erreicht, als man feststellte, daß keine Polizei mehr da war. Aber dann wurden die Demonstranten schnell eines besseren belehrt. Als sich dergrößte Teil der KKW-Gegnerwieder in die die verschiedenen Sammelplätze zurückgezogen hatte, tauchten plötzlich in dem Lager von Bayard über hundert Mann der französischen Spezialpolizei VRS auf und schossen abrupt mit Tränengas in die sich auf die Straßesetzende Menge. Auch der Einspruch ansässiger Bauern konnte nicht verhindern, daß die CRS SChlagstock und Gewehrkolben einsetzte, um das Lager zu räumen.

Aber der Widerstand ist ungebrochen. Im Laufe der letzten Tage hat sich unter der einheimischen Bevölkerung eine aktive Solidarität mit den von weit her angereisten KKW-Gegnern entwickelt.

Für den 14 Juli und die kommenden Wochenenden werden neue Aktionen gegen den Bau des Schnellen Brüters Super-Phönix geplant. Kommt alle nach Malville! (An der Rhone zwischen Lyon und Chambery, acht km südlich von Montalieu). Das Hauptquartier der Deutschsprachigen befindet sich zur Zeitin Poleyrieu.

Macht einen kleinen Umweg auf eurer Uralubsreise und verstärkt den Widerstand in Malville, auch wenn es nur für ein paar Tage ist.

Mit dem Bau der Schnellen Brüter steht und fällt das gesamte Atomenergieprogramm Europas und der Welt.

Die Aktion Malville und die Informationsarbeit kosten wieder viel Geld. Helft bitte alle mit, die Kosten zu decken. Spenden unter dem Stichwort „Malville" auf unser Konto 65 70 80 1 bei der Volksbank Freiburg werden wir entsprechend weiterleiten. Wer will, kann auch direkt überweisen an: 6, Sincholles, CCP: 95849 S, F 38 Grenobel

(aus:"Was Wir Wollen")

SPANISCHER ANTIFASCHIST IN LEBENSGEFAHR

PARIS(ID) 10. Juli

Am 10. Juli vom Kommitee Freies Spanien, Westberlin (Postfach 31 08 71, 1 Westberlin31) erhielten wir folgende Presseerklärung:

"Ein spanischer Antifaschist, Pedro Astudillo, ist im französischen Gefängnis FResnes (nahe Paris) eingesperrt. Er hätte am 21 Januar diesen Jahres freikommen sollen, wird jedoch noch immer illegal im Gefängnis festgehalten. Die spanische Regierung hat seine Auslieferung gefordert, wegen Desertion im Jahre 1949 und Waffendiebstahl im Jahre 1970 in derselben Kaserne, in der gedient hatte. Die französische Regierung verweigert ihm den Status des politischen Gefangenen. Seine Auslieferung wurde angenommen. Das bedeutet für Astudillo den sicheren Tod unter entsetzlichen Foltern, weil die spanische Polizei und Armee eine persönliche Rechnung mit ihm zu begleichen haben.

Die einzige Möglichkeit, Astudillo zu retten, ist, die französische Regierung dahin zu bringen, daß sie die Auslieferung ablehnt und zurücknimmt. Die Öffentlichkeit muß über den Fall Astudillo informiert werden, Solidaritätsadressen müssen geschickt werden, Unterstützungskommitees müssen entstehen. Die Auslieferung von Astudillo in die Hände der Henker des spanischen Staates darf nicht als Fest für die guten Beziehungen der französischen Regierung und der spanischen Regierung dienen.

Astudillo hat erklärt:
"Sie werden mich lebend nicht bekommen."
Sofortige Freilassung von Astudillo!
Solidaritätsadressen, Informationsanfragen usw. an seinen Anwalt:
Maître Boutonnet
16,rue Séguier
75006 Paris."

6 ENTLASTUNGSZEUGEN REICHEN NICHT

MONTPELLIER(PH,ID) 29. Juni
Nach drei Monaten Streik an der Universität von Montpellier wurde auf einer Vollversammlung der Boykott der Examen beschlossen. Universitätspräsident Martel rief daraufhin die CRS, die berüchtigte französische Schlageinsatzpolizei, um die Streikposten zu vertreiben. Es kam jedoch zu heftigen Auseinandersetzunger bei denen auch einige Molotow-Cocktails explodierten.
Von den vielen Festnahmen wurden vier Studenten in Haft behalten : Jean-Luc Clavier, Michel Mira, Didier Raffanel und Jean Laforgue.
Didier und Jean wurden jetzt zu einem Jahr Gefängnis, davon 8 Monate auf Bewährung, verurteilt.
Jean Laforgue wurde wegen Werfens von Molotow-Cocktails einzig auf die identischen Aussagen von drei Polizisten der CRS hin verurteilt.
Bei den Ermittlungen durch die Polizei fiel schon auf, daß diese drei Kollegen nicht einzeln, sondern gemeinsam vernommen wurden. Es wurde sogar beobachtet, daß sie vor der Verhandlung ihre "Zeugenaussage" auswendig vor sich hersagten. Sechs Augenzeugen entlasteten Jean, doch da sie Studenten waren, wurde ihnen kein Glauben geschenkt.
Jean hat Widerspruch eingelegt. Er sucht weitere Entlastungszeugen.
Weitere Informationen: Jean—Francois Pelvet, 28 rue Foch, Montpellier

EINREISE FÜR CIA – GEGNER VERWEIGERT

LONDON(IPS/ID) 1. Juli
Der britische Innenminister Roy Jenkins hat am 30. Juni einem führenden Gegner und ehemaligen Agenten der Cia,Winslow Peck die Einreise verweigert.
Winslow Peck kam mit drei anderen ehemaligen CIA-Agenten aus Deutschland, wo sie im Stammheimer Verfahren die CIA—Aktivitäten in Deutschland aufdecken wollten. Nachdem sie von Prinzing abgelehnt wurden, hielten sie eine Veranstaltung in Frankfurt ab (s. ID 131, 132, 133 ..).
Nachdem Peck mehrere Stunden auf dem Flughafen festgehalten wurde, wurde er von den britischen Einwanderungsbehörden in ein Flugzeug Richtung Berlin gesetzt. Der einzige Kommentar von Roy Jenkins:" Seine Anwesenheit hier dient nicht dem öffentlichen Interesse." Verschiedene Parlamentsabgeordnete der Labour Party legten scharfen Protest gegen diese Entscheidung ein und versuchten sie rückgängig zu machen— vergebens. Auch der Hinweis, daß Peck schon mehrere Male in Grossbritanien gewesen sei, bzw. daß die anderen ehemaligen Agenten nach ihrem Deutschland—Aufenthalt einreisen durften, nutzte nichts. Peck wurde in Berlin nicht verhaftet – er flog gleich weiter in die USA. Labour-Abgeordnete werden in England weiter gegen diese Massnahme protestieren; sie wollen den Innenminister in die Mangel nehmen, bis er mit den tatsächlichen Gründen für seine Entscheidung herausrückt.

DIE AUSSENPOLITIK DER VR CHINA : ANGOLA

MAILAND (ID/LC) 25. Juni
Einige italienische Genossen haben im Frühjahr China besucht und dort mit einem für die chinesische Außenpolitik verantwortlichen Funktionär des ZK der KP Chinas geredet. Sie berichten:

„Die chinesischen Genossen betonen, daß zwar formal die Ereignisse im letzten Jahr in Angola einen Sieg des angolesischen Volkes in seinem Befreiungskampf dargestellt hätten, daß es aber inhaltlich bedeutet, daß es der Sowjetunion gelungen ist, in das Land einzudringen. Es handelt sich dabei – so die Chinesen – um einen qualitativen Sprung in der expansionistischen Politik des Sowjetimperialismus, da sich die UdSSR zum ersten Mal mit derart vielen Waffen, Technikern und Offizieren in einem Gebiet engagiert hat, das weit von ihren traditionellen Interessen entfernt liegt.

Die sowjetische Intervention sei also das Hauptmerkmal im Krieg gegen Angola gewesen. Die UdSSR sei ferner nicht bestrebt, gewesen, eine Koalitionsregierung aus allen drei „Befreiungsbewegungen" zu bilden – was ja China wollte, – sondern hätten Angola in einen konventionellen Krieg gestürtzt. WEnn die Sowjetunion nicht lange Zeit untätig gewesen wäre, hätte sich Angola viel früher befreien können – werfen die Chinesen ihr vor.

Die chinesischen Genossen räumen zwar ein, daß die militärische Aggression durch Südafrika der sowjetischen Intervention vorausgegangen sei, aber dabei habe es sich um eine zweitrangige Bedrohung gehandelt, denn mit den Südafrikanern wären die Angolesen auch alleine fertig geworden – im „Vertrauen auf die eigene Kraft".

Die USA werden ziemlich scharf kritisiert, weil sie mit ihrer „pazifistischen Haltung" und mit der Weigerung des Kongresses, weiter zu intervenieren, dem Sozialimperialismus freie Hand gegeben hätten. Auf die Frage, ob sie nicht den Holden Roberto und seine FNLA bevorzugt hätten, meinen die Chinesen, sie hätten die drei „BEfreiungsbewegungen" immer gleichmäßig unterstützt und jede Hilfe eingestellt, nachdem eine Einheitsfront unter ihnen nicht mehr möglich gewesen sei, und die Sowjetunion das Land in den Krieg geführt hätte.

Für die Chinesen war der Krieg in Angola nur ein kleiner Ausschnitt in der Auseinandersetzung zwischen USA und UdSSR um die Weltherrschaft. Es ging also nicht nur um die enormen Bodenschätze und dergleichen in Angola, sondern vor allem um die Präsenz in einem Geiet von strategisch höchster Bedeutung,da die angolesiche Atlantikküste ein wichtiger Punkt zur Kontrolle des Seeweges in Richtung Europa darstellt. Der Sieg des Sozialimperialismus in Angola – so die Chinesen – war also für die UdSSR ein Schritt zur Kontrolle Europas, das die Chinesen als Schlüsselpunkt in der Auseinandersetzung zwischen den beiden „Supermächten" ansehen.

Die Chinesen glauben auch nicht, daß es der Regierung in Luanda gelingen wird, eine Politik der nationalen Unabhängigkeit zu praktizieren, die militärische Präsenz der UdSSR in Angola würde das verhindern, vielleicht sei das im Augenblick noch nicht so deutlich, in der nächsten Zeit würde das aber sicher klarer hervortreten. Deshalb habe China, obwohl es keine Vorurteile gegenüber der MPLA oder Neto habe, die Republik Angola auch nicht diplomatisch anerkannt und wird es auch nicht tun, bevor die Sowjetunion nicht ihre militärische Präsenz zurückzieht.

Die italienischen Genossen haben bei ihren Gesprächen den Eindruck gehabt, daß China sich bewußt ist, daß es gegen diese „expansionistische Haltung der UdSSR", die sich antiimperialistisch gibt, keinen wirklichen Gegenpol bilden kann. In diesem Zusammenhang werfen die Chinesen dann auch den USA vor, sich gegenüber der UdSSR nicht genügend zur Wehr zu setzen,

sie halten die Sowjetunion ja bekanntlich für die gefährlichere „Supermacht". Dabei glauben sie, daß in der Auseinandersetzung zwischen USA und UdSSR ein Krieg unvermeidlich sein wird. Das Zentrum in dieser Auseinandersetzung sehen sie in Europa.

Die Loslösung der europäischen KPs von der KPdSU ist nach ihnen eine positive Entwicklung für die europäischen Länder, die sich gegen den sowjetischen Expansionismus zu wehren. Was die Krise in Italien angeht,so glauben sie, daß der historische Kompromiß für die Sowjetunion die ungünstigere Lösung sei, während eine Regierung der Linken (die ja jetzt nach dem 20. Juni quantitativ nicht möglich ist) für den US-Imperialismus ungünstiger sei.

aus: „Lotta continua" vom 25.6.76

GENERALSTREIK WÄHREND DER OLYMPIADE?

FRANKFURT (ID)
7. Juli

Der Dachverband der kanadischen Gewerkschaften, der „Canadian Labour Council" (CLC) ist bereits am 17.Mai dieses Jahres von seinen 2.400 Delegierten beauftragt worden, für ganz Kanada einen Genralstreik vorzubereiten und durchzuführen. Der geplante Ein-Tages-Streik soll gleichzeitig Abschluß und Höhepunkt mehrerer bereits durchgeführter lokaler und überregionaler Streiks werden, die sich im wesentlichen gegen die Kürzungen der Sozialausgaben und gegen die Beschneidung von wesentlichen Arbeitsrechten gerichtet hatten. Die Kürzungen im Sozialbereich treffen hauptsächlich die Gesundheitsfürsorge (inzwischen mußten als Folge dieser neuen Politik Krankenhäuser geschlossen werden) und den Erziehungsbereich. 30.000 Arbeiter demonstrierten daneben am 22.März in Ottawa gegen sogenannte „Lohn-Kontrollen" (wage controls), die angeblich den inflationären Entwicklungen in Kanada entgegenwirken sollen. Das Lohnniveau aber, das dem der USA „gefährlich nahe" gekommen war, soll langfristig wieder gesenkt werden, indem zukünftige Lohnforderungen von vorneherein niedrig gehalten werden. Dadurch soll der spezifische Investitionsvorteil und Gewinnvorsprung vor den USA (dem Hauptinvestor) erhalten bleiben. Während des Streiks der 30.000 vom 22.März überreichte der CLC der kanadischen Regierung eine Erklärung, in der das Lohn-Kontroll–Programm herausfordernd und unvergleichbar brutal für die arbeitende Bevölkerung genannt worden ist. Am gleichen Tag streikten in der Provinz Quebec 120.000 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes und erklärten sich mit den Arbeitern von Ottawa solidarisch. Alle Schulen in Montreal (der Hauptstadt der Provinz Quebec) und die Krankenhäuser wurden bis auf einen von den Streikenden eingerichteten Notdienst bestreikt. Am gleichen Tag noch bekundeten die Automobil- und Bauarbeiter der Provinz ihre Solidarität mit den Arbeitern des Öffentlichen Dienstes.

Die Arbeiterklasse in Quebec gilt als die fortschrittlichste in ganz Kanada. 175.000 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes haben sich in der sog. „Gemeinsamen Front" (Common Front) zusammengeschlossen und bereits mehrere Streiks gegen den Abbau des Streikrechts und für das Recht auf korrekte Arbeitsverträge organisiert. Ein-Tages-Streiks haben zum Beispiel am 25. März und am 5.April 120.000 in der „Common Front" Zusammengeschlossene auf die STraße gebracht. Die Provinzregierung von Quebec reagierte auf die Aufstände mit dem Verbot von Streiks für Lehrer und Krankenhausbedienstete. Unmittelbar nach dem Streikverbot allerdings, am 13.April, gingen 145.000 (!), darunter 90.000 Lehrer auf die Straße; Weitere Ausstände folgten am 30.April, denen sich zwischen 160.000 bis 200.000 Arbeiter anschlossen. (Insgesamt gibt es in Quebec ca. 250.000 Arbeitende im Öffentlichen Dienst).

In Ontario demonstrierten am 28.April 15.000 Arbeiter gegen die Kürzungen der Sozialausgaben und unterstützten ebenfalls die Forderung nach einem Generalstreik. Der Canadian Labour Congress wird aufgerufen, so bald wie möglich den Generalstreik, der von der überwältigenden Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten durchgeführt werden will, auszurufen. Der CLC allerdings steht selbst nicht einheitlich hinter der STreikforderung. Die Gewerkschaftsbürokratie versucht noch über sog. Verhandlungsgespräche mit Regierung und Unternehmen den Generalstreik zu umgehen. Der Druck der Basis äußert sich immer häufiger in wilden Streiks, die zum Teil der Kontrolle durch die Gewerkschaften total entglitten sind. Immerhin sieht es fast so aus, als ob sich die von Lohnkürzungen und Arbeitstemposteigerungen Betroffenen nicht länger von der eigenen Gewerkschaft hinhalten lassen wollen. Was zu einem Machtkampf Arbeiterschaft und Regierung/Unternehmen werden sollte, droht aber im Machtkampf Basis-Gewerkschaftsführung zu ersticken.

HILFERUF DER PLO – SYRISCHE BLOCKADE

BONN(ID)
13. Juli

"Aufruf an die arabischen, sozialistischen und befreundeten Staaten und an alle demokratischen Kräfte in der Welt:
Das libanesische und palästinensische Volk leben seit 15 Monaten in einem totalen Krieg, der von den feindlichen Kräften gegen die beiden Völker angezettelt worden ist. Dieser Krieg führte zur Ermordung und Vertreibung von zehntausenden unschuldigen Zivilisten sowie zur Zerstörung von tausenden von Häusern und sozialen Einrichtungen.

Die Libaneser und Palästinenser harren auch unter den schwierigsten Bedingungen aus und es gelang ihnen die Versorgung der Bevölkerung mit einem Minimum an Lebensmitteln und Medikamenten zu sichern, die über Syrien , den Beiruter Flughafen und über die Häfen von Tripoli, Sidon und Sur geliefert wurden.

Als aber das syrische Regime seine Invasion begann, begnügte sich die syrische Armee nicht mit der Bombardierung der Dörfer und Städte sowie der Tötung von tausenden von Zivilisten, sondern sie errichteten auch eine total Blockade gegen uns. Sie schloss die Grenzen, beherrscht den Flughafen und blockiert die Häfen. Die syrischen Kriegsschiffe versperren den Weg der Schiffe, die Lebensmittel, beispielsweise Mehl, und Medikamente transportieren.

Mit solchen Methoden, mit Mord, Zerstörung, Aushungerung, Vernichtung des Wassers und der Elektrizitätsversorgung und durch die Verhinderung der Behandlung von Verwundeten will das syrische Regime den Widerstand beider Völker brechen. Aber wir beharren darauf, uns weiter zu verteidigen. Keine Invasionsmacht wird uns bezwingen.

Wir rechnen jedoch mit Eurer Solidarität und Unterstützung mit Lebensmitteln und Medikamenten, sowie mit eurem Druck auf das syrische Regime, damit es die Blockaden aufhebt und die Wege zu Häfen und zum Flughafen wieder freimacht. Nur so kann die Hungersnot, die täglich näherrückt, verhindert werden. Eure schnelle Intervention verhilft dem libanesischen und palästinensischen Volk, der vollständigen Vernichtung zu entgehen, die uns droht. Die Zügelung der Aggression des syrischen Regimes und die Beendigung des Völkermords ist eine menschliche Aufgabe, die alle Völker der Welt wahrnehmen müssen.

Im Namen der libanesischen fortschrittlichen und nationalen Bewegung: Kamal Joumblatt

Im Namen der PLO: Y. Arafat i.A. Abu Lotof

Medikamente an: Abdalla Frangi, Friedr.-Wilhelmstr. 2a 53 Bonn

Geldspenden auf das Konto Nr. 0321315 Deutsche Bank Bonn (Mussallam) "

Kontaktadresse: Informationsstelle Palästina, Kaiserstr. 237,53 Bonn

DER FALL JEAN BILSKI

FRANKFURT (LIBE/ID) Am Freitagmorgen um 9 Uhr 35, am 14. Mai 1976 stürzte sich ein junger Mann auf M. Jaques Chaine, Generaldirektor von Credit Lyonnais (eine der größten französischen Banken) und schießt drei mal auf ihn. Der Generaldirektor stirbt nach wenigen Minuten. Sein Mörder dreht sich um, geht einige Schritte weit, kniet sich nieder und schießt sich eine Kugel in den Kopf.

Die Sensationspresse bringt das Ereignis in den Schlagzeilen. Der Mörder wird als „Anarchist" dargestellt, als Teil einer internationalen Verschwörung.

Aus Zufall hat vor einem Jahr ein Mitarbeiter der Liberation mit eben diesem „Anarchisten", sein Name ist Jean Bilski, ein Interview gemacht. (Das Tonband wurde unter Mißachtung der Pressefreiheit, d.h. der Geheimhaltung gewisser Informationen zum Schutze des Informanten, von der Pariser Staatsanwaltschaft am 15. Mai aus den Räumen von Liberation beschlagnahmt.)

Hier das Interview mit Jean Bilski:

L: Vielleicht könnten wir chronologisch anfangen. Was hast du als Kind gemacht?

JB:
Also, ich bin von meinen Großeltern erzogen worden , bis ich elf war, weißt du. Danach hat mich meine Mutter wieder genommen. Sie hat sich wiederverheiratet mit so'nem Typ, das war das reinste Irrenhaus, denn der Typ war total bescheuert, total mystisch, so was wie Hinduismus, aller möglicher Zauberkram,besonders Astrologie. Ich bin Linkshänder, er zwang mich, mit der Rechten zu schreiben, ich mußte ganze Schreibseiten mit der rechten Hand schreiben und jeden Morgen Joga machen und so'nen Kram. Von da ab hatte ich dauernd Lust abzuhauen, ich bin nur so mal zwei Stunden per Anhalter weggefahren,und weil es kalt war, bin ich wieder heim. Einige Jahre später bin ich ausgerissen, ich war 16.

L: Bist du aufs Gymnasium gegangen?

JB:
Ich bin aufs Gymnasium gegangen, aber ich hab nichts mitgekriegt. Ich war zwar recht gescheit, ich war immer unter den ersten fünf. Ich hab' Hausarbeiten abgegeben wegen dem Zaster und so'm Zeug. Wir hatten einen duften Aufseher, der immer zum Vögeln zu der Kleinen von nebenan verschwand; in der Zeit sind wir abgehauen und haben kleinere Brüche gemacht, zu zweit oder zu dritt, das war in St. AYgulf, zwischen St. Raphael und St. Maxime, da gabs nicht wenige unbewohnte Villen. Die Brüche haben wir immer im Frühling gemacht, wir haben Bücher zusammengerafft und uns vollaufen lassen. Ich bin bis zur Untersekunda auf dem Gymi geblieben, dann war ich drei Monate auf einer Technischen Oberschule, dann haben wir zu zweit oder dritt die Flatter gemacht. Wir wurden zwar wieder aufgenommen, ich weiß nicht wie lange danach, die haben uns geschnappt und haben uns in so'n Fürsorgeheim in Draguignan gesteckt, da bin ich aber wieder abgehauen und da haben sie mich auf ein Gymi in Draguignan gesteckt, da bin ich einen Monat geblieben. Danach war ich in der Obersekunda auf der Technischen. Da bin ich wieder stiften gegangen. Da haben wir in so'nem Wohnwagen von meinem Stiefvater gewohnt. Weil mein Stiefvater und meine Mutter armselige Säue waren, das sind Typen, die echte Kumpel hätten sein können, wenns nicht so Scheiße für sie gelaufen wär.

L: Geld?

JB:
Nicht nur Geld. Ja, das heißt, daß sie auch unterm dicksten Schnee in ihrem Wohnwagen hausten ... Also gut, da haben wir also in dem Wohnwagen gelebt, nachdem wir wieder aufgenommen waren, bis es dann Krach gab, also ich weiß nicht, was mich gepackt hat, ich hab' einen Dolch genommen, um mich,wie ich mein, selbst umzubringen, die haben gedacht, ich wollte sie umbringen. Sie haben mich nach Toulon geschleift, sie haben mich vors Gericht geschleift, vor'n Jugendrichter und dann in ein Erziehungsheim gesteckt. Da bin ich dann im Mai angekommen. Ich bin noch einen Monat aufs Gymi gegangen. Da wars, wo ich die Maos (Bezeichnung für einen Teil der französischen Linken, vergleichbar mit den deutschen Spontis) kennengelernt hab. Da waren so Typen, die haben Flugblätter verteilt, da bin ich mit denen gegangen.

L: Wann war denn das? Nach '68?

JB:
1970. Da war ich schon ein bißchen Anarcho. Weil ich in so'ner Ferienkolonie gearbeitet hatte, ich hab die Abfalleimer ausgeleert und hab die Zeitungen zusammengeräumt. Eines Tages hab ich die Nouvel Obs weggeräumt, ich hab gesehen, daß da 'n Ding über die Anarchos drin war, das hat mir auf Anhieb gefallen. Ich hab mir massig Anarcho-Bücher auf dem Gymi angeschaut, ich hab kleinere anarchistische Texte geschrieben, nur so, später auch kleinere Basteleien. Ich war also schon Anarcho, als ich die Typen von der Roten Hilfe getroffen hab, ich bin mit ihnen Flugblätter verteilen gegangen und so'n Zeug. Später hab ich wieder Anarchos getroffen. Dufte Kumpel. Da haben wir schon Brüche gemacht, mit den Anarchos. Wir haben in einer Dreckbude gelebt, im Sanierungsgebiet. Die Brüche haben wir nur so gemacht.

L: Um zu leben?

JB:
Ja, oder halt 'ne Abzugsmaschine. Wir haben 'nen Bruch in 'ne Uni gemacht wegen so'ner Nudel, oder Abzugspapier, das hat nie funktioniert, weils superkompliziert war. Oder ein Bruch in Villen, oder so Zeug, zum Leben, wir haben es auf dem Flohmarkt verscheuert.

L: Hast du gut gelebt, dabei?

JB:
Nein, armselig. Wir haben zum Fressen geklaut, wir haben wie die Köter gelebt. Ich bin für ne kurze Zeit mal weggegangen. Das war als mir die Sache mit dem Pickford passiert ist und ich nach Draguignan kommen bin und ich anderthalb Monate Knast abgesessen hab, die haben mich im Heim wieder aufgenommen, da blieb ich acht Monate. Im November des nächsten Jahres bin ich dann wieder ausgerissen, Ende 71 war ich also wieder ausgerissen. Da bin ich drei Monate draußen geblieben. Im Februar hab ich dann meinen ersten Überfall gemacht. Ich hab mir einen Schrank mit der MP aufgemacht. Vorher hab ich mir eine Sten (Maschinenpistole) gekauft.

L: Was hast du bei diesem ersten Mal gedacht, wie ist es gelaufen?

JB:
Ach, das war ne Weibergeschichte. Ich war mit ner Frau zusammen, die hat mich sausen lassen. Ich habs so satt gehabt,da hab ich die MP genommen.

L: Hast du nicht Angst gehabt?

JB:
Himmel! Ich hab gezittert. Ich wollte ein Ding drehen, wo's ne Masse Moos gab. Ich hab geglaubt, ich könnts nicht machen, weils so voll von Leuten war. Eigentlich hab ich keine Angst, abgeknallt zu werden, wovor ich Angst hab, ist der Kontakt mit den Bullen, sich ohne Waffen schnappen zu lassen. Solang ich eine Waffe halten kann, mich oder die umlegen, gehts. Ich scheiß drauf. Ich will absolut nicht verhaftet werden, in n Knast kommen, der langsame Tod und das alles.
Danach hat sich das gelegt, weil ich hab so Phasen, wos mir stinkt, aber später kommts wieder.

L: Was heißen die Phasen, wos dir stinkt? Hast du Lust, was anderes zu machen?

JB:
Vielleicht, weil ich am liebsten sterben möchte, weil ich am liebsten ein Held sein möchte. Vielleicht ists das. Wenn ich mal abgeknallt werde, vielleicht geht mir das im Kopf rum, daß die Leute dann denken, daß ich ein echter Kerl bin. Weil man mich für ein

armseligees Schweinhält, für nen Schwachkopf. Ich spiel oft die Rolle des Schwachkopfs.

L: Das ist also nicht so sehr wegen Geldgeschichten?

JB:
Nein, naja, schon, Geld, doch. Angenommen, ich hätte jetzt ne Million, ich wüßte, was ich mit anfangen könnte. Damals wollte ich Zehntausend. Ich hab mir gesagt, zehn Mille kann man schon Sachen machen. Jetzt brauch ich ne Million, ich hab ein Projekt. ich weiß so ungefähr, was ich mit machen würde, das würde schon helfen. Besonders, weil ich doch auf dem Land aufgewachsen bin, ich weiß, daß,wenn ich ein paar Tiere hätte, ich lieb' zum Beispiel unheimlich Ziegen, ich hab mit 13 nämlich Ziegen gehabt, ne zeitlang haben mich meine Eltern einige Monate bei einer Alten gelassen, die Ziegen hatte, das, das macht mir Spaß, weil die Ziegen nämlich Tiere sind, die ich verstehe, ich glaub,man kann ne Beziehung zu Tieren haben. Ich sehe sie nicht als Tiere an, man kann mit ihnen fast reden, wie zu Menschen. Vor allem die Ziegen, die sind intelligent; ein Schaf oder ein Schwein, das ist armselig. Aber das Pferd oder eine Ziege, das sind wirklich Tiere, die ich gern hab. Also wollt ich das alles machen, oder auch was Kleines machen, ein Leben, wie ichs halt haben will.

L: Glaubst du denn wirklich daran?

JB:
Ich glaub nicht, daß es nur diese Lösung gibt, es gibt ne Menge Lösungen: es gibt Typen, die ne Bank knacken müssen, Typen, die Demos machen, Typen, die streiken, die Kommunen, die Typen, die an der Sonnenenergie arbeiten ...

L: Und du, glaubst du, daß du eine gute Lösung gefunden hast?

JB:
Überfälle? Das ist keine Lösung!

L: Also bistdu dagegen?

JB:
Aber nein, ich bin nicht dagegen, das ist es nicht. Wenn du willst, ist das nicht ne Sache, die ich nur so gewählt hab. Ich hab mich nicht zwei Stunden hingesetzt und mir die Sache ausgedacht. Ich habs gemacht.

L: Und nach diesem Coup, hast du da aufgehört?

JB:
Für ein Jahr hab ich aufgehört, ich hab mit den Maos agitiert, ne zeitlang, mit der „Cause du Peuple" son bißchen.

L: Was hast du so von den Maos gehalten, von dem, was sie so machten?

JB:
Ich hab sie als echte Kumpel betrachtet, daß sie so ein bißchen Anarchos wären, oder was ich mir so unter Anarchos vorstellte, nur; daß sie was taten, weil die Anarchos nämlich nichts tun. Ich hab mir gedacht, das sind die einzigen Typen, die was machen, die echte Typen sind.

L: Und wie war das Verhältnis zu ihnen, ist es gut gelaufen?

JB:
Jaja, keine Probleme. Das heißt, ich konnte leicht die Rolle des Arbeiters spielen, das hat enorm gegolten bei den Maos. Zum Beispiel die Schüler, die wurden dauernd angeschnauzt. Selbst wenn ich nur zwei Monate mal hier und zwei Monate mal da gearbeitet hab, ich war immerhin der einzige Arbeiter. Ich glaub nicht, daß das den Typen so bewußt war.

L: Warum hast du nicht dabei weiter gemacht, politisch, wenn du willst, als Aktivist?

JB:
Aber ich war doch immer mit ihnen zusammen! Das heißt, gut, das Jahr drauf hab ich eine Bank angegriffen, eine kleine Filiale, wo ich zwanzig Mille gemacht hab, und ich bin trotzdem bei ihnen geblieben, verstehst du? Sogar das Moos, ich hab geglaubt, das wär ganz nützlich. Ich glaub übrigens, daß alle Typen, die politische Sachen machen, an so was denken sollten, ich kapier nicht, warum die Typen an so was nicht denken. Das müßte doch völlig natürlich kommen, angenommen die Typen, die da keine Probleme haben, Typen, die ganz cool so denken müßten: man muß sich den Zaster von den Bourgeois holen, das ist ganz normal, denn wir brauchen ihn, damit sind wir effektiver, das müßte denen keine Probleme machen.

L: Was hielten deine Freunde davon, hast du's deinen Freunden gesagt?

JB:
Ja, wir haben drüber diskutiert.

L: Waren sie dagegen:

JB:
Ja, sie waren aus politischen Gründen dagegen, sie waren hauptsächlich aus Gründen dagegen, was es für mich bedeutete, weils eine selbstmörderische Sache war.

L: Hat dich das nicht ...

JB:
Gut, es gibt Augenblicke, da kann das mich beeinflussen und andere, wos das nicht kann.

L: Dann hast du also mit ihnen Schluß gemacht?

JB:
Naja, ich war ja dauernd mit ihnen zusammen, selbst später. Gut, ich hab den Überfall gemacht. Sie haben mir dabei unheimlich geholfen, selbst als ich den ersten gemacht hab. Ich hab da sone Geschichten mit nem Typ gehabt, bei dem ich ne MP gelassen hab, der hat mich rausgeschmissen. Die zum Beispiel kannten mich nicht, aber die meinten trotzdem, daß ich ein echter Kumpel wär, ohne mich mords zu kennen, die haben sie dann genommen, die haben sich dann mit abgegeben. Von da ab haben wir übrigens drüber diskutiert, nachher.

L: Hast du zu der Zeit nicht gearbeitet?

JB:
Ich hatte zwei Monate vorher aufgehört, zu arbeiten. Ich hatte ein Jahr lang gearbeitet, ich war sogar Kolonnenführer geworden. Aber ich bin rausgeschmissen worden, weil wir nur drei Tage in der Woche gearbeitet haben.

L: Hast du regelmäßige Arbeit abgelehnt?

JB:
Naja, das heißt nein, ich wollte immerhin arbeiten. Nachher hab ich in Toulon auf der BAustelle der Seyne (Werften) gearbeitet. Die ganzen Maos haben immer versucht, sich da festzusetzen. Ich hab also versucht, mich nach der Idee auszurichten. Ich bin also auf den Bau der Seyne gegangen, zu der Zeit. Weil, glaub ich, ich dem Bild entsprechen wollte, was sie sich von mir machten, glaub ich.

L: Warst du politisch aktiv, wie ist denn so mit den Prollis gelaufen?

JB:
Drei Tage, nachdem wir angefangen hatten, gabs einen Streik, dasind wir alle fast sofort rausgeschmissen worden. Nicht wegen uns, nur so ein Streik.

L: Hat man denn euch als Rädelsführer genommen?

JB:
Ja, ich war irgendwann mal bei den Verhandlungen dabei,nur so. Da haben sie dann im Heim antelefoniert, weil ich ja noch immer ausgerissen war, einer der Maos war übrigens ein Erzieher. Das sollt man aber nicht behalten, ich kanns mir nicht verkneifen, Dinge zu sagen, um mich besser darzustellen, aber trotzdem, die Namen, selbst die Namen der Baustelle ...

L: Und danach, später, nach der Baustelle?

JB:
Was ich gemacht hab? Nein, die Baustelle, das war vor dem Überfall mit den zwanzig Mille. Danach hab ich mich anwerben lassen, auf die Baustelle der Ciotat, als Schweißer. Aber da bin ich dann krank geworden,'n bißchen tuberkulös, da hab ich dann sechs Monate Sanatorium durchgezogen, da gabs ein duften Pfleger, der den Puig Antich und so persönlich gekannt hat, wie er sagt. Wir haben son bißchen diskutiert. Ich hab ein bißchen nachdenken können, da wars dann, wo mir die Idee mit den KKWs gekommen ist, und so Zeug; als ich da rausgekommen bin, hatt ich ein bißchen Abstand gewonnen. Weißt du, ich verstand mich unheimlich gut mit den Maos, das waren echt dufte Kumpel, aber ich hatte autonome Ideen. Ichhab wirklich gewußt, was ich wollte.

Ich wollte weiter arbeiten gehen, als Tarnung, weil ich geglaubt hab, ich könnts aushalten, arbeitenzu gehen. Als Tarnung, weil ich geglaubt hab, daßman keine längerfristige Sache machen kann ohne Tarnung. Ich bin wieder zur Ciotat gegangen mit falschen Papieren. Papiere, nach denen ich schweißen konnte; ich hab sechs Monate Ausbildung und zwei Monate aufm Bau gearbeitet. Eines TAges hatt ich die Nase voll. Aber jedesmal, wenn ich so was gemacht hab, wars wegen so ner Frauengeschichte. Der zweite Überfall, zu der Zeit, gut, ne Frauengeschichte, die war übrigens echt in Ordnung, sie ist ins Ausland gegangen, das war echt ne Klassefrau, einsame Spitze. Das war da, als wir Uzes gemacht haben.
Da war son Typ, der mich aufgesucht hat,und mich um Waffen gebeten hat, ich hab gemeint, daß ich mich nicht von meinen Waffen trennen wollte.

L: Hast du nur einfach so Waffen gehabt?

JB:
Nein, ich hatte schon ne ganze zeitlang Waffen, ich hab öfters mal nen Typ, getroffen, der da Zugang zu hatte. Ehrlich, mich haben MPs echt geschärft, ich hab mich schon ne ganze Zeitlang für Waffen interessiert, ich hab ne komplette Sammlung der „Cibles" (Waffenzeitschrift), alle Spezialzeitschriften, seit 1971 oder so. Ich hab mir extra Bücher aus Amerika bestellt. Ich hab eine Sten, eine Deutsch Messer, eine Beretta, Super-Beretta und so. Ich flipp aus, wennich dran denke, daß ich das alles verloren hab.

L: Konntest du mit umgehen?

JB:
Witzbold! Ich hab sogar versucht, sie umzubauen. Beim Überfall mit den 20 Mille hatt ich ne AP15, weißt du, das ist ne Nachahmung der amerikansichen M16, ein 22 long rifle, schwarz, ich weiß nicht, ob dus verstehst, ich habs abgesägt, die Typen haben gemeint,es wär ne MP. Tatsächlich konnte die gar nicht schießen, ich habs erst hinterher gemerkt, weil ich die Feder ab gsägt hatte, die war zu gespannt, die konnte gar nicht schießen, höchstens einmal. Davor haben wir übrigens noch nen Überfall gemacht, da warn so Tunesier, die waren von anderen Tunesiern vermöbelt worden, von der tunesischen Mafia, die haben wir uns gekrallt, ich weiß nicht, warum.

L: Wie lief das denn ab?

JB:
Ach, nichts weiter, wir sind ins Zimmer reingekommen, wir haben uns die Typen gekrallt, aber die, die verantwortlich waren, waren schon weg, also haben wir uns bei den Typen, die da waren entschuldigt, weil die in Ordnung waren, die da.

Also, ich kenn mich mit Waffen schon aus. Die da hab ich versucht, so umzubauen, daß sie Garben schießt, weils eine automatische ist. Aber ich hab kein Material, ich hab saumäßig gepfuscht. Wie die Sten, jetzt hab ich sie ja wieder, ich werd die umbauen, die Feder nach vorne ziehen, um ne superkurze Knarre zu machen, wie ne neue MP mit Nachladung. Nun, ich kenn mich mit der Materie schon aus.

L: Wolltest du dich deshalb nicht davon trennen?

JB:
Ja, genau, mir waren zwei MPs geblieben, ich war gezwungen,mich von einer von beiden zu trennen, um mir eine neue zu kaufen, deshalb bin ich mit ihnen gegangen. Siehmal, ich hatt ne Granate, ne Knarre, ne Super-Knarre, deswegen bin ich mitgegangen.

L: Nur, um auf deine Waffen aufzupassen?

JB:
Ja, um ganz sicher zu gehen, daß sie keine Scheiße bauen. Naja, und dann, weil ich auch son Ding gesucht hab, aber das hat mir nicht so mords gefallen, weil Ich lieber so Dinger in der Stadt drehe, die nicht lang dauern.

L: Ganz allein?

JB:
Ganz allein, ja. schon, aber wenns draufankommt, würd ich auch was mit mehreren machen, ne große Bank, so eine wie in Toulon, einen Schrank, oder vielleicht eine „Baraka" (gepanzerter Geldtransporter). Ich weiß, daß man die leicht angreifen kann. Das. sind so Dinger, von denen ich weiß , daß man sie drehen kann, aber ich fühl mich in der STadt wohler, weil man einfacher im Gewühl untertauchen kann. Selbst als ich das Ding von Credit Agricole gemacht hab, hatt ich das Gefühl, daß die Leute 'n bißchen einverstanden waren, verstehst du, die Leute machen nichts.

L: Wie lief das ab beim Credit Agricole?

JB:
Ooh, ich bin reingegangen, ich hab gesagt: ich will die Kasse, die Typen haben mich angeguckt.
Das ist immer voller Gags, siehst du, zum Beispiel als ich den ersten gemacht hab, haben mich die Typen erstaunt. Ich bin angekommen, ich hab mein Ding aus der Tasche geholt, das war in son Ding eingewickelt, ich habs ausgepackt, ich hab entsichert, der Typ guckt mich an: Ach, schau an, ein Kunde mit einer Maschinenpistole! Siehst du! Das ist voller solcher Gags. Wie da, wo ich reinkomm, die Typen mit der Nase über ihren Papieren. Ich sag zu ihnen, gut, die Kasse, die glotzen mich nur so an und dann sagt ein Typ: „Oh, Verzeihung!" er beeilt sich, er gibt mir die Kasse rüber. Danach hab ich mich entschuldigt, weil die mir echt leid taten. Ohne Flachs, ich sag ihnen, ich wollte ihnen nichts antun, weißt du, das kotzt mich an, daß sie es falsch auffassen könnten, weil ... es kotzt mich an, daß sie denken könnten, ich wollte sie töten, ich hätte sie sicher nicht getötet, wirklich nicht.

L: Und zum Abhauen?

JB:
Ich bin mit dem Mofa abgehaun, ich bin 200 m in ne Straße reingefahren. Ich hab das Mofa da gelassen,das hat übrigens mir gehört. Danach haben mir Kumpel geholfen, wir haben die Sachen bei so nem Typ versteckt.

(der 2. Teil folgt)